

Libyen

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	4
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	10
Bewaffnung der Streitkräfte	11
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	15
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17
Diversität in den Sicherheitskräften	18

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	20
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	22
Innere Lage im Empfängerland	26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	30
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	31
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee war Libyen während der ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch bedeutungslos. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen und die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien konnte das Land ab den späten 1960er Jahren die Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar al-Gaddafi die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch einen umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Heutzutage gilt die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet. Aufgrund der jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der ehemaligen Sowjetunion.

Die USA verhängten bereits ab 1974 sukzessive Sanktionen gegen Libyen, 1986 unter anderem ein umfassendes Handelsverbot. Im Jahr 1992 erließ der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, welche auch ein Waffenembargo beinhalteten. Im selben Jahr verhängte die EU ebenfalls Sanktionen gegen Libyen. Nach dem offiziellen Verzicht Libyens auf Massenvernichtungswaffen sowie der öffentlichen Abkehr vom Terrorismus wurden die Sanktionen schließlich zwischen 2003 und 2004 vollständig aufgehoben. Dadurch wurde Libyen zwischenzeitlich zu einem lukrativen Absatzmarkt für Rüstungsgüter. Auch aus Ländern der EU erhielt Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi Waffen und Rüstungsgüter. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 53,1 Mio. Euro und lieferte noch 2010 unter anderem Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung zur Kriegsführung. Im Sommer 2011, nach der NATO-Intervention in Libyen, stoppten alle EU-Staaten ihre Waffenlieferungen an Libyen entweder vollständig oder zu großen Teilen. Einige belieferten anschließend die Rebell:innen im Land. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängte erneut ein Waffenembargo für Libyen, ebenso die EU.

Der Ausbruch des Konflikts im Frühjahr 2011 entfaltet bis heute massive Folgen für die Bevölkerung des Landes. Das Land ist tief gespalten und seit Jahren bestehen unterschiedliche Machtzentren, die seit Anfang 2021 mit der neu installierten und von der UN unterstützten Übergangsregierung überwunden werden sollen. Im Zuge der Entwicklungen der letzten Jahre hat sich auch die Rolle des Militärs verändert: Während sich einige Teile des Militärs 2011 mit der Opposition verbündeten, waren andere Teile der Streitkräfte dem Staatsoberhaupt gegenüber loyal. In Folge des Sturzes Gaddafis, des Sieges der Aufständischen und des Ausbruchs des Bürgerkrieges haben verschiedene politische und militärische Milizen die Kontrolle über mehrere Landesteile und Städte übernommen und kämpften um die Macht. Nach dem Auseinanderbrechen der Armee verfügte jedes politische Lager über einen Generalstab und Streitkräfte, in denen die Grenzen zwischen offiziellen Armeeeinheiten und Milizen verschwimmen. International anerkannt wurde die Nationale Einheitsregierung von Regierungschef Fajis al-Sarraj in Tripolis, die sich im Konflikt mit der Libyschen Nationalen Armee (LNA) unter General Chalifa Haftar befand, der die Regierung von Sarraj nicht anerkannte. Beide einigten sich im Sommer 2017 auf Vermittlung des französischen Präsidenten Macron hin auf einen Zehn-Punkte-Plan, der eine Waffenruhe und baldige Wahlen vorsah. Letztere wurden für Dezember 2018 geplant, fanden allerdings nicht statt. Ab April 2019 kämpften die

Streitkräfte von General Chalifa Haftar, seit 2015 Oberbefehlshaber der LNA, im Zuge einer Großoffensive gegen die international anerkannte Regierung in Tripolis erneut um die politische Macht im Land. Die neue Interimsregierung von Anfang 2021 unter dem neuen Premierminister Abdul Hamid Dbeibeh versucht nun, die Konfliktparteien zu einen. Nachdem die Wahl am 24. Dezember 2021 jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, rief das Parlament im Ostend es Landes einen neuen, zweiten Regierungschef (Fatih al-Baschagha, mittlerweile Osama Hamada) aus. Nachdem es in der Hauptstadt Tripolis im Mai 2022 zu bewaffneten Kämpfen zwischen Truppen beider Regierungen gekommen war – einige Medien berichteten von einem versuchten Putsch durch Baschagha – verkündete dieser, seine Regierungstätigkeit von Tobruk in die Stadt Sirte verlegen zu wollen.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Im Dezember 2003 verkündete Libyen die sofortige Aufgabe seines gesamten Massenvernichtungswaffenprogramms. Diese Entscheidung verhalf Libyen zu einer enormen Aufwertung in der internationalen Staatengemeinschaft. Das Land galt seitdem bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2011 als Paradebeispiel für effektive internationale Zusammenarbeit und erfolgreiche Verhandlungsdiplomatie.

Die USA verhängten bereits ab 1974 sukzessive Sanktionen gegen Libyen, 1986 unter anderem ein umfassendes Handelsverbot. Im Jahr 1992 erließ auch der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, welche unter anderem das Einfrieren von Auslandskonten, diplomatische Sanktionen und ein Waffenembargo beinhalteten. Im selben Jahr entschied sich auch die EU für Sanktionen gegen Libyen. Mit einigen Zugeständnissen Libyens und der öffentlichen Abkehr vom Terrorismus wurden die Sanktionen schließlich zwischen 2003 und 2004 vollständig abgeschafft. Seit Februar 2011 besteht aufgrund der Entwicklungen im Land und den anhaltenden Unruhen erneut ein umfassendes Waffenembargo gegen Libyen, sowohl durch die UN als auch die EU. Dieses Embargo wurde auch fortgeführt, nachdem das libysche Informationsministerium mitteilte, die libyschen Streitkräfte seien in der Lage, den Islamischen Staat (IS) bis Ende 2015 zu besiegen, wenn das Waffenembargo aufgehoben werden würde. Der militärische Sektor in Libyen wurde durch diese Sanktionen schwer getroffen.

Die Menschenrechtslage in Libyen ist laut zahlreichen Berichten internationaler Organisationen verheerend. Neben willkürlichen Verhaftungen, dem mangelnden Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und faire Gerichtsverfahren stellen Mord, Folter, Entführungen, Vergewaltigungen und Menschenhandel einige der massiven Probleme dar, die das Land gegenwärtig prägen. 2022 starben Menschenrechtsorganisationen zufolge hunderte Menschen, einschließlich Zivilist:innen, bei Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppen, die entweder der Regierung in Tripolis angehören oder der Regierung im Osten des Landes. Dem UNHCR zufolge sind 2023 ca. 300.000 Menschen in Libyen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Ursprünglich sollte eine Anfang 2021 ins Leben gerufene Übergangsregierung Wahlen bis Ende 2021 möglich machen, nachdem dies jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, rief das Parlament im Osten des Landes Fatih al-Baschagha als neuen, zweiten Regierungschef auf. Seither kam es zu bewaffneten Kämpfen zwischen Truppen beider Regierungen. Libyens Situation fragmentierter politischer Macht und die zahlreichen Milizen im Land begünstigten in den vergangenen Jahren auch einen zeitweisen Machtausbau des Islamischen Staates, der für zahlreiche Entführungen und Anschläge im zerrütteten Land verantwortlich

war. In Folge der konfliktreichen Lage überqueren jährlich zehntausende Menschen das Mittelmeer mit Booten, unter anderem um der Perspektivlosigkeit im Land zu entkommen.

Libyen ist zwar den wesentlichen internationalen Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten; ähnlich wie andere Regionen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika hat auch Libyen mit Terrorismus zu kämpfen. Derna, Benghazi und Sirte waren schon immer lokale dschihadistische Hochburgen mit historisch gewachsenen Milieus. Seit 2011 konnten diese vom Chaos profitieren und sich ausbreiten. So gelang es dem IS zeitweise, die Stadt Sirte und deren Umgebung zu kontrollieren, bis diese dem IS Ende 2016 wieder entnommen werden konnte. Terroristische Angriffe nahmen in den vergangenen Jahren aber wieder deutlich ab.

Das von der UN initiierte Waffenregister boykottiert Libyen zum wiederholten Male. Da das Land nicht Mitglied des ATT ist, reicht es auch hier entsprechend keine Berichte ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtete Libyen einmal im Jahr 2010. Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, in der Vergangenheit wurde Libyen aber immer wieder in Verbindung mit illegalen Waffen- und Ausrüstungstransfers gebracht. Der Konflikt im Land hat zur teilweisen Plünderung der staatlichen Waffenarsenale geführt. Libyen ist ein wichtiger illegaler Waffenlieferant für Nordafrika sowie für Teile der nah- und mittelöstlichen Region; Waffen aus dem Bürgerkriegsland wurden mittlerweile in etliche Länder geschmuggelt und sind an Konflikten auf mehreren Kontinenten beteiligt. Viele der Waffen, darunter auch MANPADS, befinden sich heute in den Händen bewaffneter Gruppen in der Sahel-Zone oder im Konflikt in Syrien. Auch in die Hände von westafrikanischen Rebell:innen gelangten libysche Waffen, beispielsweise in Sierra Leone. Der Waffenschmuggel in der Region wird noch heute aus Beständen genährt, die noch vom alten libyschen Regime angelegt worden waren, aber auch aus den verbliebenen Resten der Militärhilfe des Westens für die damals hofierten Gegner:innen Ghaddafis. Nach dessen Sturz waren es Waffen aus Libyen, die den Konflikt in Mali anheizten. Weitere Waffen sind in die Hände von Extremist:innen in Tunesien, der ägyptischen Sinai-Halbinsel, Niger und Algerien geraten. Laut einem UN-Bericht haben auch die illegalen Waffenlieferungen von Libyen an Ägypten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Von dort gelangten viele der Waffen über die ägyptisch-palästinensische Grenze in den Gazastreifen.

Libyen zählt mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 6.890 US-Dollar weiterhin zu den „upper middle income economies“, bleibt wirtschaftlich jedoch stark vom Ölsektor abhängig. Die geringe Diversifizierung der Wirtschaft sowie die anhaltende politische Instabilität führen weiterhin zu erheblichen wirtschaftlichen Schwankungen und strukturellen Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit. Mit einem HDI-Wert von 0,721 gehört Libyen auch weiterhin zu den Ländern mit „hoher menschlicher Entwicklung“. Gleichzeitig haben Bürgerkrieg und politische Instabilität insbesondere das Gesundheits- und Bildungssystem erheblich geschwächt. Die Fortschritte bei der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) stagnieren überwiegend, sodass die Zielerreichung bis 2030 unwahrscheinlich ist. Daten zu staatlichen Bildungsausgaben existieren für die letzten fünf Jahre ebenso wenig wie offizielle Armutsstatistiken oder Daten zu Einkommensungleichheit. Die Gesundheitsausgaben lagen mit 4,7 % am BIP allerdings unter den Militärausgaben von 5,3 %.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	---	---
2000	Sattelzugmaschine mit Tiefladesattelaufleger	0,33
2002	Ersatzteile für Militärfahrzeuge, Peilsysteme, Funkgeräte und Navigationsanlagen	---
2003	Ersatzteile für Strangpresse, Geländewagen	1,31
2005	Geländewagen	0,31
2006	Kommunikationsausrüstung und Teile: 58,8%; Splitterschutzanzüge: 39,3%	2,0
2007	Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 66,2%; Detektionsausrüstung, Dekontaminationsausrüstung, ABC Schutzbekleidung und Teile für Detektionsausrüstung und Dekontaminationsausrüstung: 32,6%	23,84
2008	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 58,7%; Gefechtsfeldüberwachungsradar und Teile für Gefechtsfeldüberwachungsradar: 28,2%	4,18
2009	Kommunikationsausrüstung, Störsender und Teile für Kommunikationsausrüstung: 81,4%	53,15
2010	Gefechtsfeldüberwachungsradar und Teile dafür: 72,0%; Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Spähfahrzeuge, Geländefahrzeuge: 16,6%	6,11
2011	Geländewagen mit Sonderschutz [ausländische Botschaft], Minenräumgeräte [Hilfsorganisation] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte [Hilfsorganisation]: 98,1%	3,89
2012	Geländewagen mit Sonderschutz: 77,4 % Helme, Minenschutzwesten, Bombenschutzanzug und Schutzbekleidung: 21,8 %	1,17
2013	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 92,2%	5,96
2014	Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission, Botschaft, Personenschutz] und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission]: 88,8%	2,53
2015	Gewehre mit KWL-Nummer [VN-Mission], Maschinenpistolen [VN-Mission], Magazine [VN-Mission], Waffenzielgeräte [VN-Mission] und Teile für Maschinenpistolen [VN-Mission]: 98,9%	0,13

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	---	---
2017	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,54
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission] und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission]: 100%	2,31
2019	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, Bank] und Teile für ballistischen Schutz [Bank]: 100%	0,52
2020	---	---
2021	---	---
2022	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Botschaft, EU-Mission] und Teile für ballistischen Schutz [Botschaft, EU-Mission]: 99,4 %	3,81
2023	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [EU-Delegation] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [EU-Delegation]: 97,7%	1,30
2024	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Bank, Botschaft] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [Bank, Botschaft]: 99,7%	1,64

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024

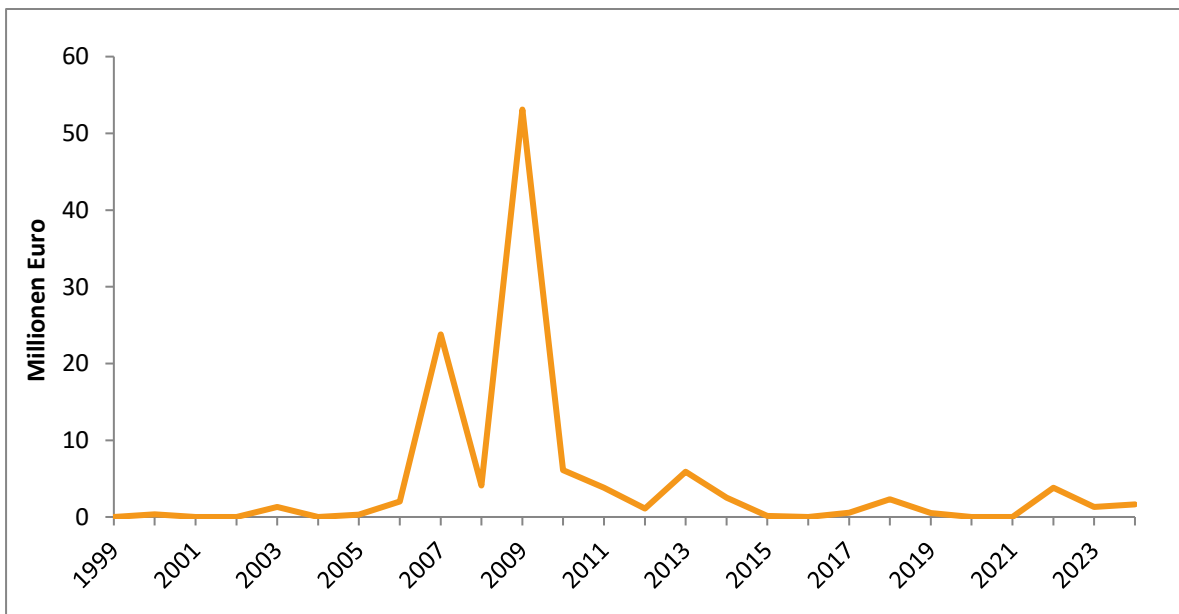


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Libyen 2000-2024

Da in der SIPRI-Datenbank nur komplette Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2024 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an Libyen geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Libyen 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	-	-	-	-	-

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Libyen 2020-2024, Mio. TIV

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Libyen lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Wegen der bis 2004 und wieder seit Februar 2011 von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen verhängten Waffenembargos gegen Libyen, konnte sich das Land in den vergangenen Jahren kaum mit Waffen und Rüstungskomponenten versorgen. Nichts destotrotz listet SIPRI für die Periode 2020 – 2024 die Türkei als zweitwichtigsten Lieferanten (13 % aller Lieferungen). Den ersten Platz belegt oder belegen unbekannte Lieferanten.

Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der Sowjetunion. Die Ausrüstung ist jedoch meist in einem schlechten Zustand, teilweise sehr stark veraltet und demnach modernisierungsbedürftig. Daher ist Libyen zwischenzeitlich ein lukrativer

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Absatzmarkt geworden und immer mehr Staaten versuchten, dort Fuß zu fassen. Schlagzeilen machte die 2007 verkündete militärische Kooperation zwischen Frankreich und Libyen. Demnach soll eine EADS-Tochter Milan-Panzerabwehrraketen im Wert von ca. 170 Millionen Euro sowie Geräte zur Nachrüstung von Kommunikationsnetzen im Wert von 130 Millionen Euro an Libyen liefern bzw. geliefert haben. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 53,1 Million Euro und lieferte daraufhin unter anderem Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung zur Kriegsführung. 2020 hat die deutsche Bundesregierung die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Libyen im Wert von rund 1,5 Mio. Euro unter Verweis auf einen möglichen Verstoß gegen Kriterium 3 des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union („Innere Lage“) jüngst nicht genehmigt, nachdem in den Jahren zuvor Rüstungsgüter u. a. für die UN-Mission und die Botschaft nach Libyen ausgeführt wurden. Seither lieferte sie zuletzt im Jahr 2023 Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile hierfür im Wert von 1,3 Mio. Euro an Botschaften und eine EU-Delegation im Land.

Nach dem Ausbruch der Auseinandersetzungen Anfang 2011 lieferten viele Staaten Waffen an die libyschen Rebell:innen, die den Sturz des damaligen Staatsoberhauptes Muammar al-Gaddafi zum Ziel hatten. So soll Katar Milan-Panzerabwehrraketen zur Unterstützung geliefert haben, Italien Ausrüstung zur Selbstverteidigung. Auch die USA, Frankreich und das Vereinigte Königreich belieferten die libyschen Regimegegner:innen mit einer Vielzahl teils nicht-tödlicher militärischer Ausrüstungsgegenstände, teils aber auch mit Klein- und Leichtwaffen wie insb. im Falle Frankreichs. Während des Konflikts in Libyen haben zahlreiche Waffen das Land erreicht. Bilder deuten auch darauf hin, dass G-36 Gewehre von Heckler & Koch in dem Krieg zum Einsatz kamen. Ausgelöst durch den Konflikt haben zahlreiche europäische Staaten ihre Rüstungsexportlizenzen für Libyen überprüft und angekündigt, keine neuen zu erteilen. Die Waffenproliferation aus Libyen in umliegende Staaten ist zudem ein großes Problem geworden und führt zur Destabilisierung der gesamten Region, insbesondere der Sahelstaaten.

Auch Russland bemühte sich, sich mit Waffen- und Ausrüstungslieferungen im libyschen Markt zu positionieren und war bspw. im Zeitraum 2013 bis 2017 der zweitwichtigste Waffenlieferant hinter Kanada. Dass Kanada hier an erster Stelle stand, ging insbesondere auf Lieferungen von gepanzerten Truppentransportern zurück. Diese Lieferungen, welche einen Bruch des UN-Waffenembargos darstellten, wurden über eine Firma in den Vereinigten Arabischen Emiraten abgewickelt, die jedoch in kanadischem Besitz ist. Die kanadische Regierung sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, ihre Kontrollpflichten verletzt zu haben.

Italien unterstützt die international anerkannte libysche Küstenwache – laut Expert:innen gibt es derzeit wohl drei unterschiedliche in verschiedenen Küstenabschnitten – bei der Bekämpfung illegaler Migration von Nordafrika nach Europa. Im Zuge dessen lieferte Italien im Mai 2017 vier Patrouillenboote der Bigliani-Klasse. Die EU unterstützt die Küstenwache monetär (zwischen 2015 und 2022 mit mehr als 700 Mio. Euro)

Vor der Etablierung der Übergangsregierung unter Premierminister Abdul Hamid Dbeibeh Anfang 2021, die die Konfliktparteien zu vereinen sucht, wurden im Zuge des Kampfes um die politische Macht im Land beide Konfliktseiten von ausländischen Patronen mit Waffensystemen versorgt. So soll die Türkei beispielsweise die Regierung von Ministerpräsident Fayez al-Sarraj unterstützt haben, während Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate General Haftar mit moderner Militärtechnologie versorgten.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

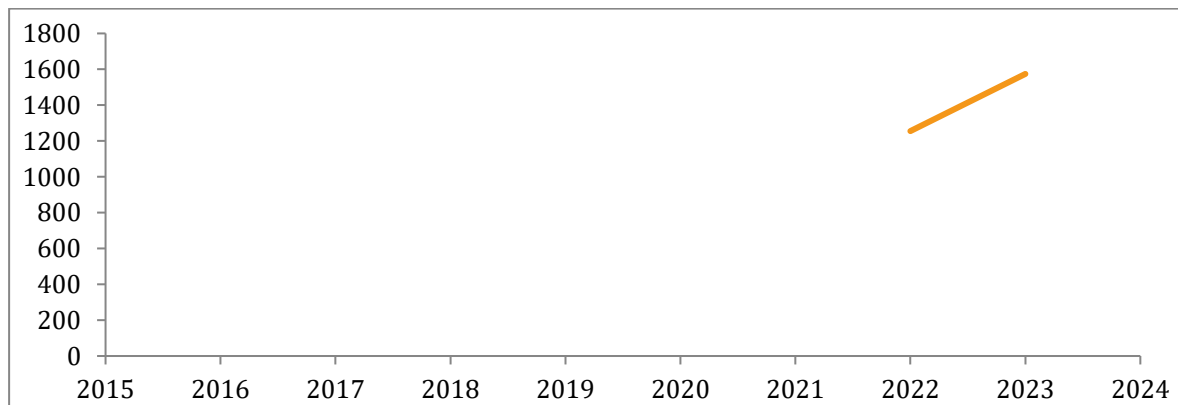
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	-	-	1255	1574	-
Anteil am BIP (in %)	-	-	4,3	5,3	-
Anteil an Staatsausgaben (in %)	-	-	4,5%	5,5%	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

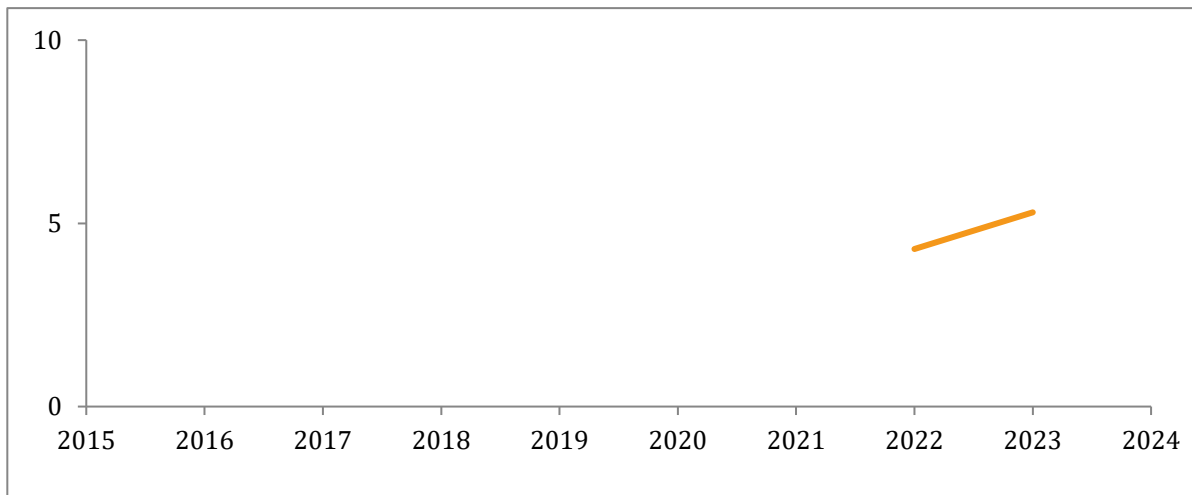
Schaubild 2

Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in %)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Bedingt durch jahrzehntelange Embargos existiert in Libyen derzeit praktisch keine eigene Rüstungsindustrie. Die Betriebe, die das erste, bis 2004 andauernde Embargo überstanden, sind allesamt in staatlicher Hand und technologisch weit abgefallen. Ein multinationaler Austausch konnte nur kurzzeitig mit der Aufhebung der Sanktionen erreicht werden. Bis zum Ausbruch des gewaltsamen Konfliktes 2011 war anzunehmen, dass sich die Rüstungsindustrie des Landes in Zukunft modernisieren würde. Auch der hohe Bedarf an neuer Ausrüstung, modernen Technologien und die Bereitschaft der westlichen Länder, nach dem libyschen Richtungswechsel auch rüstungspolitisch mit Libyen zusammenzuarbeiten, ließen einen Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie vermuten. Durch den Ausbruch des Konfliktes sank jedoch die Bereitschaft der westlichen Staaten dazu. Auch durch die Intervention der NATO, die die wenigen Einrichtungen empfindlich zerstörte, gilt es weiterhin als unwahrscheinlich, dass sich die libysche Rüstungsindustrie in absehbarer Zeit erholt.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

Keine Angaben.

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc-Berechnungen)	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Einige	T-55; T-72
Schützenpanzer	Einige	BMP-2
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Einige	u. a. 4K-7FA Steyr, Mbombe-6, Al-Wahsh, Kirpi-2, Vuran
Bergepanzer	Einige	Centurion 105 AVRE
Panzerabwehr	Einige	u. a. AT-15 Springer
Artillerie	Einige	Palmaria, D-30
Drohnen	Einige	Bayraktar Akinci und TB-2 (alle kampffähig)
Luftabwehr	Einige	Geschütze und QW-18 Luft-Boden-Raketen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Fehlende finanzielle Mittel und eine aus der geringen Bevölkerungsdichte resultierende Personalschwäche machten das libysche Heer lange militärisch völlig bedeutungslos. Erst mit der Entdeckung des Erdöls in Libyen und umfassender Unterstützung durch das Vereinigte Königreich konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine militärische Stärke ausbauen. Der Putsch durch Muammar al-Gaddafi 1969 stellte auch für das Heer einen Wendepunkt dar. Die Ausstattung verbesserte sich erstmals deutlich in den 1970er Jahren, als Libyen von Frankreich Panzer und Artillerie erhielt. Dies reichte für Gaddafis Absicht, die libysche Armee zu der am besten ausgerüsteten Armee der arabischen Welt zu machen, jedoch nicht aus.

Dementsprechend kamen in den folgenden Jahren umfassende Verträge mit der Sowjetunion zustande. Im Rahmen dieser Verträge wurde eine Fülle an modernen sowjetischen Rüstungsgütern nach Libyen geschafft, unter anderem ein hochmodernes Luftabwehrsystem. Für die Bedienung, Wartung und das Training kamen nicht nur die Güter selbst, sondern auch etliche Expert:innen aus der Sowjetunion und anderen kommunistisch geprägten Ländern. Dennoch gelang es der libyschen Armee angesichts der Masse an neuen Gerätschaften nicht, diese alle angemessen in Gebrauch zu nehmen.

Heutzutage kann die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet und technologisch längst überholt gelten. Ein großer Teil wurde zudem während der Aufstände zerstört. Aufgrund des jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen. Innerhalb der neuen libyschen Führung gibt es jedoch Überlegungen, ein neues hochmodernes Grenzüberwachungssystem zu bauen. Dabei handelt es sich allem Anschein nach um Radaranlagen, Kameras, Drohnen, Hubschrauber und geländegängige Fahrzeuge. Berichten zufolge sind an den Verhandlungen dieses Projektes britische, französische, italienische und US-amerikanische Rüstungskonzerne beteiligt. Darüber beteiligt sich das Vereinigte Königreich an der Ausbildung des Heeres. Noch im Februar 2025 wurde eine vertiefte Kooperation beider Länder verkündet, nachdem bereits im Dezember 2024 erstmals Reservist:innen der Royal Marines medizinisches Training gaben.

Anfang 2015 hat der UN-Sicherheitsrat eine libysche Anfrage zur Lieferung von Waffen für den Kampf gegen die dschihadistische Miliz Islamischer Staat (IS) aufgrund des bestehenden Waffenembargos zurückgewiesen. Sieben Ratsmitglieder stimmten für einen Antrag Spaniens, die Anfrage auf Gewährung einer Ausnahme vom bestehenden Waffenembargo nicht zu behandeln, solange die libyschen Konfliktparteien unter Vermittlung des damaligen UN-Sondergesandten Bernardino Leon über eine politische Lösung des Konflikts verhandeln. Neben Spanien stimmten auch das Vereinigte Königreich, Frankreich und die USA für den Antrag.

Im Sommer 2015 forderte die Arabische Liga dann eine stärkere militärische Unterstützung für Libyen von der internationalen Gemeinschaft sowie der UN, um Libyen im Kampf gegen den IS stärker zur Seite zu stehen. In ihrem Kampf gegen die Milizen und Streitkräfte General Haftars wurde das libysche Militär der Regierung in Tripolis insb. von Katar, Italien und der Türkei unterstützt. Die LAAF hingegen erhält u.a. Unterstützung durch Russland. So wurden bei einer Militärparade im Mai 2025 mehrere neue russische Systeme gezeigt (wie bspw. zwei Kurzstrecken-Luftabwehrsysteme, zwei Mehrfachraketenwerfer und eine Reihe gepanzerter Fahrzeuge).

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	Mehr als 3	
Davon Korvetten	1	Al Hani-Korvette seit 2013 in Malta zur Modernisierung
Amphibienfahrzeuge	1	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Logistik und Unterstützung	1	Vermutlich nicht einsatzfähig

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 2

Andere Marineeinheiten

Küstenwache:

20 Patrouillenboote

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die libysche Marine war seit jeher sowohl die kleinste wie auch die verhältnismäßig am schlechtesten ausgerüstete Teilstreitkraft des libyschen Militärs. Im Jahr 1962 mit umfangreicher britischer Unterstützung gegründet, entwickelte sich die Marine nur sehr langsam. So kam es, dass die Marine bei der Machtübernahme Gaddafis 1969 über eine Personalstärke von knapp über 200 Personen verfügte. Im Zuge der generellen militärischen Aufrüstung, die durch Gaddafi angestoßen wurde, kam der Marine durch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eine deutliche Aufwertung zu. Ab den späten 1980er Jahren verfügte Libyen über moderne U-Boote, Korvetten und mit Raketen bestückte Schiffe und stellte damit eine neue schlagkräftige Seemacht im Mittelmeerraum dar. Inzwischen ist diese Stärke aufgrund des jahrelangen Embargos längst verblasst. Die Marine verfügte einschließlich der Küstenwache über weniger als 7.000 Soldat:innen (letzte verfügbare Zahlen von 2014). Während der NATO-Operationen gegen Libyen versenkten Kampfflugzeuge und Schiffe der Alliierten eine Reihe kleinerer Boote – von libyscher Seite wurden sechs Treffer bestätigt –, die auch zu Angriffen auf bewaffnete Widerstandsgruppen vom Regime genutzt wurden.

Im Jahr 2023 erhielt die libysche Küstenwache laut dem IISS zehn neue Patrouillenboote, darunter sieben Patrouillenboote des Typs Burdi (Damen Stan 1605) von der dänischen Regierung. Ebenso erhielten sie von der italienischen Regierung im Juni zwei Fezzan (Corrubia) für das Programm "Support to integrated Border and Migration Management in Libya" (SIBMMIL) der EU. Hinzu kamen noch 2 Vittoria FPV350 (ITA), speziell für libysche Marine entwickelt wurde. Dieser Zuwachs stimmt mit dem Vorhaben der libyschen Führung überein, ein neues hochmodernes Grenzüberwachungssystem zu etablieren. Die EU und insbesondere die italienische Regierung versuchen derzeit mit SIBMMIL die Kapazitäten der libyschen Küstenwache im "Migrationsmanagement" zu erhöhen und damit irreguläre Grenzübertritte zu bekämpfen. Mehrere EU-Mitgliedsstaaten sowie die EU selbst beteiligen sich bereits schon seit einigen Jahren an der Ausbildung der libyschen Küstenwache, der Marine und der Polizei bzw. unterstützen diese Einheiten mit technischem Support und institutioneller Kapazitätsentwicklung (bspw. durch Zusammenarbeit mit FRONTEX oder im Rahmen der Operation Irini).

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	2	MiG-23BN
Erdkampfflugzeuge	1	Vermutlich nicht einsatzfähig
Trainingsflugzeuge	Mehr als 9	Alle kampffähig
Kampfhubschrauber	Einige	Mi-24 Hind
Transporthubschrauber	Einige	Mi-17 Hip
Raketen	Einige	u. a. AA-8 Aphid; AA-2 Atoll

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Luftwaffe war lange in einem rudimentären Zustand. Im Jahr 1963 gegründet bestand die Luftwaffe anfangs aus einigen wenigen Flugzeugen. Bis zum Ende des Jahrzehntes verfügte sie zwar über einige zusätzliche Ausbildungsflugzeuge und über deutlich mehr geschultes Personal, eine signifikante Aufwertung kam ihr jedoch ebenfalls erst in den frühen 1970er Jahren zu. Bereits nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 wurden Stimmen laut, die eine fortschrittlichere Ausrüstung der Luftwaffe forderten. Dies resultierte im Kauf von zehn US-amerikanischen F-5 Jagdbombern Ende der 1960er Jahre. Nach diesem Kauf wuchs die Luftwaffe schnell an und wurde so zu einer wichtigen Komponente der bewaffneten Streitkräfte. Die tatsächliche Aufwertung geschah letztlich durch umfassende Verträge Libyens mit Frankreich über den Kauf von 110 Mirage Jagdbombern. Mitte der 1970er Jahre kam es schließlich zu einem zusätzlichen Kauf militärischer Ausrüstung durch Verträge mit der Sowjetunion. Dabei erhielt Libyen unter anderem moderne Luftwaffenausrüstung sowie vielfältige Unterstützung verschiedener kommunistisch geprägter Staaten hinsichtlich der Wartung und des Trainings der neuen Gerätschaften.

Dennoch ist auch die libysche Luftwaffe von den jahrelangen Embargos hart getroffen worden und galt als veraltet und durchgehend modernisierungsbedürftig. Durch die Angriffe der Alliierten auf die libysche Luftwaffe Anfang 2011 wurde diese sowie die Luftabwehr zerstört bzw. so massiv beschädigt, dass sie nicht einsatzfähig ist. Nach der Neuaufstellung der Luftwaffe sind die meisten Flugzeuge und Hubschrauber auf dem Flughafen Tobruk stationiert, teilweise auch in Misratah. Ein Großteil der Luftwaffe schloss sich seit 2014 im Zuge des zweiten Bürgerkrieges den Truppen von General Haftar an. Dieser flog 2019 und 2020 mehrfach Luftangriffe auf die international anerkannte Regierung in Tripolis.

Box 3***Peacekeeping***

Libyen nimmt an keinen Peacekeeping-Missionen teil.

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Ursprünge der heutigen libyschen Armee finden sich in den Truppen, die Libyen im Zweiten Weltkrieg aufbot, um Großbritannien im Kampf gegen Deutschland und die damalige Kolonialmacht Italien zu unterstützen (Sanusi-Armee). Nach der erfolgreichen Besetzung Libyens durch Großbritannien wurde die Mehrzahl der Sanusi-Armee-Angehörigen in die örtliche Polizei eingegliedert. Mit der libyschen Unabhängigkeit 1951 formten sich Veteran:innen der ehemaligen Sanusi-Armee zum Kernstück der königlichen libyschen Armee. Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee blieb Libyen die ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch völlig bedeutungslos. Auch die in den frühen 1960er Jahren gegründete Luftwaffe und Marine konnten daran nichts ändern. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen sowie die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien, konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar al-Gaddafi, die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch den umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Die Zusammenlegung der regulären Armee mit großen Teilen der früheren *National Security Force* und der *Cyrenaican Defense Force* führte zu Erhöhung der Personalstärke der Armee. Anfangs galt das Militär als angesehene Institution des Landes, welche Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Schichten vereinte. Besonders die Zusammenführung der unterschiedlichen bewaffneten Gruppen sowie die Entwaffnung der kyrenaischen Stämme in Libyen wurden als Verdienst der Armee gesehen, Libyen auf dem Weg zur nationalen Einheit zu unterstützen. Bis in die frühen 1980er Jahre waren Angehörige des Militärs durch ihren Lohn und verschiedene Begünstigungen deutlich privilegiert. Dennoch vermieden es viele hochrangige Militärangehörige, ihre materiellen Vorteile öffentlich zur Schau zu stellen, um sich von den ehemaligen Offizier:innen der vorangegangenen Monarchie abzugrenzen, denen dieses Verhalten nachgesagt worden war. Im Gegensatz dazu zeigten sich viele sittenstreng und mit beinahe schon puritanischen Gepflogenheiten. Auch Muammar al-Gaddafi bemühte sich in der Öffentlichkeit um ein asketisches Auftreten und sah sich als Vorbild des neuen moralischen Selbstverständnisses des Militärs. Er pflegte das Bild des Unbestechlichen und verbreitete die Idee, dass es sich beim Militärdienst um eine patriotische Pflicht handle, für die kaum materielle Entschädigung erwartet werden dürfe. Durch das von Gaddafi aufgelegte Modernisierungsprogramm und erste militärische Teilerfolge im Tschad verfestigte sich die Moral der Angehörigen des Militärs. Gaddafi nutzte das Militär zudem zu Zwecken der Machtsicherung. So sorgte er dafür, dass Vertreter:innen des Gaddafi-Stammes (Qadhadhifa) sowie der mit ihm verbündeten Stämme Maqarha und Warfalla alle zentralen Posten im Sicherheitsbereich, also bei Streitkräften, Polizei und Geheimdienst, übernahmen und so ihre Herrschaft absicherten.

Trotz der großen Bedeutung des Militärs für die Abschaffung der Monarchie und der Teilnahme an der Regierungstätigkeit, vor allem während der ersten Dekade unter Gaddafi, zeigten sich ab den frühen 1980er Jahren ernsthafte Spannungen zwischen militärischen und zivilen Kräften. Durch abwertende Äußerungen seitens Gaddafis und einer öffentlich geführten Kampagne gegen das Militär schwanden zunehmend Moral und Ansehen dieser Institution. Schließlich schwand auch der politische und militärische Einfluss nach einem missglückten Putschversuch 1985. Die revolutionäre Garde, ein ehemaliger paramilitärischer Arm des Revolutionskomitees, fungierte mehr und mehr als Kontrollinstanz für das reguläre Militär und schmälerte damit zusätzlich das ehemals hohe Ansehen.

Mit dem Ausbruch des Konflikts im Frühjahr 2011 veränderte sich die Lage grundlegend: Während sich einige Teile des Militärs mit der Opposition verbündeten, waren andere Teile der Streitkräfte dem Staatsoberhaupt gegenüber loyal. Da Gaddafi das Militär zunehmend auch zur eigenen Machtsicherung und der Machtsicherung seines Sohnes zweckentfremdet hatte, war die Institution während seiner Amtszeit geschwächt worden. Nach dem Sturz Gaddafis und dem Sieg der Aufständischen wurde auch das Militär von einer Neuausrichtung und Umstrukturierung erfasst. Unter teilweise chaotischen Umständen wurde versucht, die Milizen der Befreiungsarmee in die regulären libyschen Streitkräfte, die Polizei und andere Einrichtungen der neuen Regierung zu integrieren. Doch die Gewalt hielt weiter an: Zunächst begann im Oktober 2011 ein Übergangsprozess, der durch die Rivalität zwischen lokalen Interessengruppen gekennzeichnet war, die jeweils enge Verbindungen zu Milizen unterhielten. Zwischen den bewaffneten Gruppen entstanden zunächst lokale Konflikte, die sich jedoch schnell ausbreiteten und eskalierten. Nach dem Auseinanderbrechen der Armee verfügte jedes politische Lager über einen Generalstab und Streitkräfte, in denen die Grenzen zwischen offiziellen Armeeeinheiten und Milizen verschwommen. So haben verschiedene bewaffnete Milizen die Kontrolle über mehrere Landesteile und Städte übernommen, wie vor allem seit 2014 die durch Khalifa Haftar geführte Libyan Arab Armed Forces (LAAF) im Osten des Landes.

Im Dezember 2015 wurde in Marokko ein von der UN vermitteltes Abkommen für einen Ausweg aus der Staatskrise unterzeichnet. Die zentralstaatliche Autorität wurde nun im Westen des Landes durch die Regierung der Nationalen Übereinkunft (GNA) ausgeübt, welche zu großen Hoffnungen auf Verbesserungen führte. Vor allem die LAAF im Osten sowie die in Tripolis ansässige GNA versuchten in der Folge, die Kontrolle über die zentralstaatliche Autorität und den Staatsapparat, insbesondere über die Zentralbank sowie Erdöl-Exporteinnahmen, zu erringen bzw. zu sichern. Kurz darauf lehnte das international anerkannte Parlament für Libyen die von der UN unterstützte GNA jedoch ab. Dies bedeutete einen schweren Rückschlag für die internationalen Bemühungen zur Lösung der Krise, die in einer LAAF-geführten Offensive gegen Tripolis im Jahr 2019 mündeten. Das Scheitern der Offensive (2020) sowie die im März 2021 begründete und von der UN und weiteren externen Akteuren unterstützte neue Regierung der Nationalen Einheit (GNU), die darauf abzielt, beide Konfliktseiten zu einen, drängte den Einfluss der LAAF jedoch stark zurück. Die GNU litt seither aber selbst an internen Streitigkeiten. Ein entsprechendes Waffenstillstandsabkommen beinhaltete auch die Einrichtung einer gemeinsamen Militärkommission (5 + 5 Joint Military Commission), die auch im Jahr 2025 noch aktiv zusammenarbeitet.

Die bewaffneten Gruppen, die sich seit 2011 in Libyen entwickelt haben, haben mittlerweile einen großen Einfluss auf die Institutionen des Landes; ihre Vertreter:innen sind in der Armee, im Sicherheitsapparat und in zivilen Regierungspositionen auf höchster Ebene

präsent. Sie haben auch erheblichen Einfluss auf die Besetzung wichtiger Positionen und die Verteilung staatlicher Mittel. Diese enge Verflechtung von privaten Interessen und militärischen Strukturen dürfte die Politik und den Sicherheitssektor Libyens auf absehbare Zeit prägen. Trotz verschiedener Arrangements unter militärischen Akteuren bleibt das Risiko des Wiederauflebens der Konflikte weiterhin hoch.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Nach den schweren Kämpfen und den politischen Umbrüchen in Libyen ist gegenwärtig unklar, wie eine neue Polizei und die anderen Sicherheitskräfte in Zukunft gestaltet werden. Es ist davon auszugehen, dass einige Einheiten und Strukturen bestehen bleiben, die Polizei jedoch insgesamt neu strukturiert werden wird. Dabei gilt es, insbesondere die nach wie vor bewaffneten Revolutionsbrigaden weiter in die regulären Streitkräfte und andere Sicherheitskräfte bzw. Regierungsbehörden zu integrieren. Vor dem Krieg hatte die libysche Polizei (People's Security Force – shurta) eine Stärke von etwa 30.000 bis 50.000 Personen und war mit der Ermittlung bei Verbrechen, der allgemeinen Strafverfolgung und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung betraut. Gegenspionage war Aufgabe einer Spezialeinheit der Polizei. Die Polizei unterstand dem Sekretariat für interne Sicherheit, das im Innenministerium angesiedelt war, und war entsprechend ihrer Aufgaben in verschiedene Einheiten aufgeteilt. In dem Sekretariat befand sich ebenfalls eine spezielle Zolleinheit, die mit dem Grenzschutz betraut war.

Gaddafis Regime verfügte lange Zeit über einen gut funktionierenden Geheimdienst mit verschiedenen Behörden. Es gab die Jamahiriya Security Organisation, die wiederum aus zwei Einheiten bestand, die für interne Sicherheit (Internal Security Apparatus) und die externe Sicherheit (External Security Apparatus) zuständig waren. Wichtig für die geheimdienstlichen Tätigkeiten und die Regimesicherheit war ebenfalls der militärische Geheimdienst (Al-Istikhbarat al-askariya). Aufgabe der einzelnen Behörden war die Informationsbeschaffung, die Beobachtung regimekritischer Libyer:innen sowie der allgemeine Schutz des Regimes vor Umstürzen oder Bedrohungen von außen. Lange Zeit standen ganze Bevölkerungsteile unter Generalverdacht und wurden intensiv beschattet und kontrolliert. Mit der Öffnung des Regimes änderten sich die Bewachungsmethoden des Geheimdienstes, um die Wahrnehmung innerhalb der Bevölkerung eines repressiven Regimes zu ändern. Es bestand kaum eine vertikale und horizontale Verknüpfung oder Kommunikationsverbindung

innerhalb oder zwischen den einzelnen Sicherheitsdiensten. Als zentrale Koordinierungs- und Kommandostelle agierte das Intelligence Bureau of the Leader.

Berichten zufolge haben im Januar 2012 die Justizverwaltung und die ihr angehörigen Polizeieinheiten langsam damit begonnen, die Kontrolle über die offiziellen und provisorisch errichteten Gefängnisse zu übernehmen. Die Polizei steht ähnlich wie das Militär vor großen Herausforderungen. Mit der Öffnung der Polizei für ehemalige Milizen, die gegen das Regime Gaddafis gekämpft haben, ist der Versuch unternommen worden, die Stabilität im Land wieder herzustellen. Die zunächst geringe Bereitschaft der Milizen, sich in die offiziellen Organe einzugliedern, zeigt, dass der Regierung noch ein sehr langer Weg beim Neuaufbau und einer Reform der Polizei bevorsteht. Verschiedene Staaten und die EU haben ihre Hilfe bei einer Polizeireform angeboten und setzen diese bspw. im Rahmen der European Union Integrated Border Assistance Mission (EUBAM) um (hierzu mehr im Kapitel „[Alliierte Streitkräfte in der Region](#)“). Auch die EU-seitigen Anstrengungen zur Reform des Sicherheitssektors konnten bisher aber keine wesentlichen bzw. tiefgreifenden Verbesserungen erzielen. Die Polizei im Westen des Landes untersteht dem Innenministerium. Zwischen 2012 und 2014 sollen rund 80.000 Mitglieder des ehemaligen Supreme Security Committee (SSC) in die Polizei eingetreten sein – der derzeitige Personalumfang ist aber unklar. Der Sicherheitssektor muss im Allgemeinen weiterhin als dysfunktional bezeichnet werden.

2024 wurde durch den Präsidialrat zudem eine „Sittenpolizei“ gegründet. Womöglich dient dieser Schritt dazu, die Legitimität der GNU auch unter (ultra-)konservativen Kräften zu stärken und einen breiteren gesellschaftlichen Rückhalt zu erlangen.

Diversität in den Sicherheitskräften

Historisch existierten in Libyen zeitweise deutlich stärkere Formen weiblicher Beteiligung innerhalb militärischer und weiterer sicherheitsrelevanter Strukturen. Während der Herrschaft Muammar al-Gaddafis wurden Frauen gezielt in Polizei, Militär und Sicherheitsapparate integriert. Bereits 1978 führte die libysche Gesetzgebung eine verpflichtende militärische Ausbildung für Männer und Frauen im Alter zwischen 15 und 18 Jahren ein. Frauen konnten in sämtlichen Bereichen von Polizei und Militär dienen, darunter Heer, Marine, Luftwaffe sowie Spezialeinheiten. Libysche Soldatinnen wurden 1980 sogar im Tschad eingesetzt. 1984 schlossen erstmals vier Frauen die Tripoli Air Force Academy als Kampfpilotinnen ab, darunter Zahra az-Zâwi als erste zertifizierte libysche Kampffjetpilotin. Zwischen 1979 und 2000 absolvierten rund 7.000 Frauen Militärakademien in Tripolis, Bengasi und Sabha; die letzte Ausbildungsgruppe von Kombattantinnen schloss ihre Ausbildung noch im Juni 2011 ab.

Internationale Aufmerksamkeit erhielt insbesondere die sogenannte „Amazonian Guard“ beziehungsweise die „Revolutionary Nuns“, die weibliche Leibgarde Gaddafis. Diese Einheiten wurden international häufig als Symbol weiblicher Emanzipation und Modernisierung dargestellt. Gleichzeitig dienten sie jedoch auch propagandistischen Zwecken des Regimes und waren stark personalisiert. Analysen weisen darauf hin, dass die Integration von Frauen in Sicherheitsstrukturen nicht nur Ausdruck tatsächlicher Gleichstellung war, sondern zugleich Teil eines politischen Modernisierungs- und Mobilisierungsprojekts gegen traditionelle und patriarchale Geschlechterrollen innerhalb der konservativen libyschen Gesellschaft.

Mit dem Zerfall staatlicher Strukturen seit 2011 änderte sich die Situation für Frauen im Sicherheitssektor jedoch deutlich. Viele Milizen orientierten sich an konservativen oder

islamistischen Ideologien und vertraten restriktive Vorstellungen weiblicher Geschlechterrollen. Weibliche Beteiligung im Militär- und Sicherheitsbereich wurde zunehmend tabuisiert und teilweise mit der politischen Ideologie des früheren Gaddafi-Regimes gleichgesetzt. Verlässliche Daten zum Anteil von Frauen in Militär- und Sicherheitsinstitutionen liegen kaum vor; vorhandene Erkenntnisse deuten jedoch auf eine massive Unterrepräsentation hin. Frauen sind – wenn überhaupt beteiligt – überwiegend auf administrative oder unterstützende Tätigkeiten beschränkt und kaum in Führungs- oder Kommandoebenen vertreten.

Auch dort, wo Frauen formal in sicherheitspolitische oder friedensbezogene Prozesse eingebunden werden, bleibt ihre Beteiligung häufig begrenzt und ohne tatsächlichen Einfluss. So lag nach Angaben des International Peace Institute der Anteil von Frauen im Libyan Political Dialogue Forum 2020 bei 17 von 75 Teilnehmenden (23 %), was zwar eine Verbesserung gegenüber früheren Prozessen darstellt, jedoch weiterhin keine gleichberechtigte Teilhabe widerspiegelt. Frauen, die sich öffentlich für eine weibliche Beteiligung im Sicherheitssektor einsetzen, sind zudem häufig Bedrohungen und Einschüchterung ausgesetzt. Berichten zufolge wurden seit 2011 wiederholt ehemalige Soldatinnen, Offizierinnen sowie Frauenrechtsaktivistinnen von Milizen gezielt angegriffen.

Entsprechend der Fragmentierung des Landes fehlt auf nationaler Ebene weiterhin ein strategischer Rahmen zur Förderung von Frauen im Sicherheitssektor. Das Ausbleiben eines national implementierten WPS-Rahmens (Women, Peace and Security) hat zu erheblichen Koordinationsdefiziten und fehlender politischer Ausrichtung geführt. Versuche, die Prinzipien der UN-Resolution 1325 umzusetzen, stießen wiederholt auf ideologischen Widerstand, institutionelle Blockaden und politischen Gegenwind.

LGBTQIA+-Personen werden auf nationaler Ebene nicht explizit vom Militärdienst ausgeschlossen. Da Homosexualität allerdings strafbar ist und nicht-binäre Identitäten sowie Geschlechtsangleichungen rechtlich nicht anerkannt werden, können queere Menschen nicht offen in den Streitkräften dienen.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu un-friedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	https://treaties.un.org
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Im Dezember 2003 verkündete Libyen die Aufgabe seines gesamten Massenvernichtungswaffenprogramms. Diese Entscheidung führte zu einer deutlichen außenpolitischen Aufwertung und wurde international als Erfolg diplomatischer Verhandlungen gewertet. Bis zum Ausbruch der Konflikte im Jahr 2011 galt Libyen daher zeitweise als Beispiel für erfolgreiche Abrüstungsdiplomatie.

Nach heutigem Erkenntnisstand verfügte Libyen über Programme zur Entwicklung chemischer und biologischer Waffen, blieb jedoch in ihrer Umsetzung begrenzt. Im Bereich biologischer Waffen gelang es dem Land offenbar nicht, über das Forschungsstadium hinauszukommen. Dagegen wurden die in den 1980er Jahren errichteten Anlagen in Rabta und Sebha laut Berichten zur Produktion chemischer Waffen genutzt, wobei das genaue Ausmaß unklar bleibt. Die Produktion wurde 1990 unter internationalem Druck eingestellt. 1996 wurde zudem eine unterirdische Anlage im Tarhuna-Gebiet entdeckt, deren Fertigstellung jedoch gestoppt wurde.

Auch im nuklearen Bereich verfolgte Libyen seit den 1970er Jahren Ambitionen, verfügte jedoch weder über die technischen Kapazitäten noch über das notwendige Wissen zur eigenständigen Entwicklung von Kernwaffen.

Die Aufgabe des Programms war nicht ausschließlich Ergebnis diplomatischer Annäherung. Im Oktober 2003 beschlagnahmten US-Behörden Komponenten für Urananreicherung auf dem deutschen Frachtschiff *BBC China* mit Ziel Libyen. Der Vorfall erhöhte den internationalen Druck und dürfte die Entscheidung zur Offenlegung und Aufgabe des Programms beschleunigt haben.

Im Gegenzug wurden schrittweise Sanktionen aufgehoben. Diese waren seit den 1970er Jahren insbesondere aufgrund von Verbindungen Libyens zum internationalen Terrorismus verhängt worden und erreichten 1986 mit einem umfassenden US-Handelsembargo ihren Höhepunkt. Auch Sanktionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union bestanden zwischen 1992 und 2003 beziehungsweise 2004 und standen unter anderem im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Lockerbie-Anschläge. Seit Februar 2011 gilt erneut ein Waffenembargo der Europäischen Union und der Vereinten Nationen gegen Libyen.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4

Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026

Two rival entities continued to compete for control of Libya's territory, resources, and international legitimacy amid deep political divisions, rising repression, and armed confrontations. Fragmentation and systemic shortcomings persisted in Libya's judicial institutions as abusive militias operated with near impunity. The judiciary remained unwilling and unable to meaningfully investigate serious crimes. Inhumane conditions and serious abuses persisted migrant detention centers and prisons in Libya controlled by abusive, unaccountable armed groups nominally linked with authorities.

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026
[World Report 2026: Libya | Human Rights Watch](#)

Box 5**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

Rival militias used large-calibre weapons in an imprecise manner in densely populated areas, resulting in civilian casualties. Armed groups and militias arbitrarily arrested social media users and others for exercising their rights to freedom of expression. Thousands of people remained arbitrarily detained. Torture and other ill-treatment remained widespread and systematic. "Confessions" extracted under torture were published online. Women, girls and members of ethnic minorities faced entrenched discrimination. LGBTI individuals were subjected to arbitrary arrests and prosecutions. The EU-backed Libyan Coast Guard (LCG) in western Libya and armed groups in eastern Libya continued to intercept thousands of refugees, asylum seekers and migrants at sea and forcibly return them to detention where they were subjected to torture or other ill-treatment and sexual violence. The LCG fired at two NGO rescue boats. Thousands were collectively and summarily expelled to neighbouring countries. A militia in western Libya suspended the operations of international organizations supporting refugees, asylum seekers and migrants. Courts imposed death sentences following unfair trials; no executions were recorded. Impunity for crimes under international law remained entrenched in Libya, but for the first time since the situation of Libya was referred to the ICC in 2011, a suspect was apprehended abroad and surrendered to the court for crimes against humanity and war crimes.

Quelle: Amnesty International Report 2026

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL10032026ENGLISH-1.pdf>

Box 6**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

Bewertung für Libyen auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 8/60

Politische Rechte: 2/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (10/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

Da die textliche Bewertung zum Zeitpunkt der Aktualisierung noch nicht online war, folgt die Einschätzung aus dem Jahr 2025:

Libya has been racked by internal divisions and intermittent civil conflict since a popular armed uprising in 2011 deposed longtime dictator Mu'ammār al-Qadhafi. The country remains split between rival administrations, legislatures, and military factions, and international efforts to bring them together in a unity government have repeatedly failed, preventing long-overdue national elections. A proliferation of

autonomous militias, the presence of foreign mercenaries and extremist groups, violations of an arms embargo, and interference by regional powers have all contributed to ongoing insecurity. More than a decade of violence has displaced hundreds of thousands of people, and human rights conditions have generally deteriorated.

Quelle: [Libya: Freedom in the World 2026 Country Report | Freedom House](#)

Kommentar

Die Menschenrechtslage in Libyen wird in zahlreichen Berichten internationaler Organisationen als verheerend bewertet. Der UN-Menschenrechtsrat schloss Libyen bereits im März 2011 als erstes Land nach weniger als einem Jahr Mitgliedschaft aus. Hintergrund war die anhaltende Gewalt des damaligen Regimes gegen die eigene Bevölkerung.

Nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes im Jahr 2011 und der darauffolgenden Fragmentierung des Landes kämpfen bis heute zahlreiche bewaffnete Akteure und Milizen um Einfluss. Der anhaltende Konflikt hat gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung und ihre Rechte. Neben willkürlichen Verhaftungen sowie Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und fehlenden fairen Gerichtsverfahren üben bewaffnete Gruppen weiterhin Gewalt gegen Zivilpersonen aus. Verantwortlich hierfür sind verschiedene Akteure, darunter staatliche Kräfte, Milizen, terroristische Gruppen und kriminelle Netzwerke. Es bestehen zahlreiche Berichte über Mord, Folter, Entführungen und sexualisierte Gewalt gegen Männer, Frauen und Kinder. Menschenrechtsorganisationen weisen zudem seit Jahren auf Menschenhandel sowie die Existenz sogenannter Sklavenmärkte hin. Im Jahr 2022 starben nach Angaben von Human Rights Watch hunderte Menschen, darunter auch Zivilpersonen, bei Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppen, die entweder der Regierung in Tripolis oder Akteuren im Osten des Landes zugeordnet werden.

Darüber hinaus gilt Libyen als zentrales Transitland für Geflüchtete. In den vergangenen Jahren erreichten mehr als 600.000 Menschen von Libyen aus Europa. Dabei kommt es regelmäßig zu tödlichen Bootsunglücken im Mittelmeer; das Missing Migrants Project verzeichnet seit 2014 mindestens 30.898 vermisste Personen (Stand: 28. November 2024). Bereits 2023 waren nach Angaben des UNHCR rund 300.000 Menschen in Libyen auf humanitäre Hilfe angewiesen, während etwa 20 % der Gesundheitseinrichtungen infolge des Konflikts zerstört oder außer Betrieb sind. Zudem hielten sich rund 40.000 Geflüchtete und Asylsuchende im Land auf, während etwa 160.000 Menschen als Binnenvertriebene galten. Aktuelle Daten zeigen eine weitere Verschärfung der Lage: Nach Angaben IOM befanden sich im Juli 2025 rund 894.890 Migrant:innen in Libyen, während im November 2025 etwa 197.961 Geflüchtete und Asylsuchende beim UNHCR registriert waren. Zusätzlich sind seit Beginn des Sudan-Konflikts im April 2023 über 467.000 sudanesisch Geflüchtete nach Libyen gekommen, von denen jedoch nur ein Teil erfasst ist. Migrant:innen, Geflüchtete und Asylsuchende sind weiterhin willkürlichen Verhaftungen, Misshandlungen, sexualisierter Gewalt und Zwangsarbeit durch bewaffnete Gruppen ausgesetzt.

Nach Angaben von Human Rights Watch bestehen in Haftzentren weiterhin unmenschliche Bedingungen, darunter willkürliche Inhaftierung, Folter, Verschwindenlassen und Zwangsarbeit. Auch Amnesty International berichtet von weit verbreiteten Festnahmen allein aufgrund des Migrationstatus sowie von Abschiebungen ohne Zugang zu Schutzverfahren. Zudem unterstützt die Europäische Union weiterhin die libysche Küstenwache, die bis

Ende November 2025 über 25.000 Menschen auf See abging und nach Libyen zurückführte, wo ihnen erneut schwere Menschenrechtsverletzungen drohen.

Auch politische Akteure, Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen sind weiterhin gezielter Gewalt ausgesetzt. Die Vereinten Nationen sprechen von einer „weit verbreiteten und systematischen Praxis des Verschwindenlassens“. Dies zeigt sich unter anderem an der Entführung des Mitglieds des libyschen Repräsentantenhauses Ibrahim al-Drissi im Mai 2024 in einem von der LAAF kontrollierten Gebiet; im Mai 2025 kursierten Aufnahmen, die ihn gefesselt und misshandelt zeigen. Auch der Aktivist Abdelmoneim al-Mureimi wurde im Juni 2025 von der Internal Security Agency festgenommen und starb kurz darauf unter ungeklärten Umständen während eines Verhörs. Der Fall der bereits 2019 entführten Abgeordneten Seham Sergewa, von der 2025 erneut Misshandlungsvideos auftauchten, unterstreicht die anhaltende Straflosigkeit.

Parallel dazu dokumentieren Berichte weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Massengräbern und gewaltsamen Auseinandersetzungen. In Tarhouna gelten weiterhin zahlreiche Personen als vermisst, nachdem dort zwischen 2014 und 2020 hunderte Menschen verschleppt wurden; seit 2020 wurden über 260 Leichen aus Massengräbern exhumiert. Auch 2025 wurden in Ostlibyen Massengräber mit insgesamt 93 nicht identifizierten Leichen, darunter Migrant:innen, entdeckt. Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen in Tripolis wurden zudem Dutzende Leichen, teilweise verbrannt, in Einrichtungen staatlicher Sicherheitsapparate gefunden.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Auf internationaler Ebene hat Libyen die zentralen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert. Dazu zählen bspw. die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) sowie die Convention on the Rights of the Child – jeweils einschließlich der Fakultativprotokolle. Auf nationaler Ebene ist der rechtliche und institutionelle Rahmen zum Schutz vor GBV jedoch äußerst schwach ausgeprägt und die wenigen bestehenden Regeln werden nur unzureichend durchgesetzt.

So gibt es bspw. kein Gesetz gegen häusliche Gewalt; Regelungen zu sexueller Belästigung sind nur punktuell vorhanden. Staatliche Unterstützungsstrukturen (Schutzunterkünfte, spezialisierte Behörden oder rechtliche Hilfsangebote) fehlen weitgehend. Auch das Straf- und Familienrecht weist erhebliche Defizite auf. So ist Vergewaltigung in der Ehe nicht strafbar und Schwangerschaftsabbrüche nur zur Rettung des Lebens der Mutter zulässig. Nach Angaben von Human Rights Watch können männliche Familienangehörige unter bestimmten Umständen strafmildernd behandelt werden, wenn sie Gewalt gegen weibliche Verwandte ausüben, etwa bei Verdacht auf außereheliche Beziehungen. Zudem können Vergewaltiger einer Strafverfolgung durch Heirat des Opfers entgehen. Diskriminierende Regelungen bestehen darüber hinaus insbesondere im Ehe-, Scheidungs- und Staatsangehörigkeitsrecht.

Das Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt lässt sich aufgrund der sehr begrenzten Datenlage nur schwer erfassen. Milizen und Sicherheitsakteure gehen allerdings teils gezielt gegen Frauen vor, insbesondere gegen Social-Media-Aktivistinnen, denen Verstöße gegen gesellschaftliche Normen vorgeworfen werden. So wurden im September 2024 zwei Influencerinnen am Flughafen von Benghazi durch die Internal Security Agency festgenommen; bis Jahresende war ihr Verbleib unbekannt. Gleichzeitig verstärkten staatliche Stellen 2024 die

Kontrolle „öffentlicher Moralvorstellungen“. Im Juni richtete der Präsidentschaftsrat eine Public Morality Protection Authority ein, im Oktober folgte eine entsprechende Abteilung im Innenministerium. Zudem kündigte der Innenminister Maßnahmen wie eine verpflichtende Verschleierung sowie Reisebeschränkungen für Frauen ohne männliche Begleitung an.

Datensätze zu konfliktbezogener sexueller Gewalt dokumentieren entsprechende Vorfälle in Libyen, weisen jedoch nicht auf ein systematisches Muster hin. Die Gewalt tritt vielmehr vor dem Hintergrund des anhaltenden Staatszerfalls, konkurrierender bewaffneter Akteure und schwacher staatlicher Kontrolle fragmentiert auf.

Auch LGBTQIA+-Personen sind erheblichen Repressionen ausgesetzt. Gleichgeschlechtliche Beziehungen sind strafbar und können mit Freiheitsstrafen sowie weiteren Sanktionen geahndet werden. Nach Angaben von Amnesty International werden Personen aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität regelmäßig von Milizen und Sicherheitsakteuren festgenommen und sind zudem gesellschaftlicher Stigmatisierung, Drohungen und Gewalt ausgesetzt. Im März 2024 wurden in Tripolis bspw. 19 Personen wegen „Homosexualität“ und „Atheismus“ angeklagt. Der Equality Index bewertet Libyen mit lediglich 13 von 100 Punkten, was auf ein sehr niedriges Schutzniveau für LGBTQIA+-Personen hinweist.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

Libya faces ongoing political turmoil as competing administrations in the eastern and western regions hinder the establishment of unified national bodies and effective governance. In May 2023, a vote of no confidence by the House of Representatives (HoR) removed Prime Minister Fathi Bashagha and replaced him with Osama Hamada – a move widely seen as deepening the stalemate between the two regions' governments. In December 2024, the U.N. Special Mission in Libya (UNSMIL) unveiled an initiative to establish a technical committee for a transitional government that would unify institutions and pave the way for elections. However, the success of this effort remains uncertain because of persistent power struggles and external interference that complicate national reconciliation.

A major hurdle to stability is the increasing sway of armed factions and militias, which have substantial influence in both regions. Events in the period from 2023 to early 2025 underscored this challenge. The Tripoli-based Government of National Unity (GNU) sought to strengthen its position by involving itself in Zawia, while Interior Minister Imad Trabelsi – newly appointed in 2022 despite serious accusations of involvement in illicit trading activities – attempted in 2024 to seize control of the Ras Ajdir border crossing with Tunisia. Political and economic developments culminated in the "central bank crisis" in late August 2024, marked by the abduction of the bank's IT director following the organization's reunification, protests calling for the bank governor's resignation and an armed group's incursion into the bank. The governor's subsequent flight from the country was perceived as a forceful bid to control the central bank. In response, the Government of National Stability (GNS) in the east halted oil production in protest. UNSMIL's mediation resulted in a compromise on the appointment of a new governor and bank board in late September, and oil production resumed in fall 2024.

Quelle: [BTI 2026 Libya Country Report: BTI 2026](#)

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Libyen 13 Punkte (2024: 13 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Eritrea oder Jemen. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: [Corruption Perceptions Index 2025 - Transparency.org](https://www.transparency.org/en/cpi/2025)

Spannungen und innere Konflikte

Nach der Unabhängigkeit Libyens im Jahr 1951 bestanden zunächst Spannungen zwischen monarchistischen und republikanischen Kräften sowie zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Mit der Entdeckung von Erdöl verstärkten sich soziale Ungleichheiten, insbesondere zwischen traditionellen Eliten und neu entstandenen wirtschaftlichen Gruppen. Mit der Machtübernahme durch Muammar al-Gaddafi stabilisierte sich die innenpolitische Lage zunächst, da das Regime oppositionelle Strukturen kontrollierte und offene Konflikte unterdrückte. Gleichzeitig ging diese Stabilität mit systematischer Repression gegenüber Oppositionellen, Minderheiten und demokratischen Bewegungen einher.

Im Zuge wachsender sozialer Unzufriedenheit und regionaler Umbrüche eskalierte die Lage im Kontext des Arabischer Frühlings im Jahr 2011. Anders als in anderen Staaten entwickelte sich der Konflikt rasch zu einem bewaffneten Bürgerkrieg mit internationaler Intervention. Im Verlauf des Libyscher Bürgerkriegs 2011 griff die NATO auf Grundlage eines UN-Mandats militärisch ein, um Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu verhindern. Der Sturz Gaddafis führte jedoch nicht zu einer nachhaltigen politischen Stabilisierung, da eine geeinte Opposition fehlte. Schätzungen zufolge kamen im Verlauf des Konflikts zwischen 10.000 und 50.000 Menschen ums Leben.

Nach der offiziellen Befreiung Libyens 2011 durch Truppen des National Transitional Council (NTC) wurde eine Übergangsregierung eingesetzt, die eine neue Verfassung sowie Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vorbereiten sollte. Im Juli 2012 wurde ein neues Parlament gewählt; im August 2012 übergab der NTC die Macht an den General National Congress (GNC). Der Übergangsprozess scheiterte jedoch im Jahr 2014, als zunehmende Spannungen in einen erneuten bewaffneten Konflikt mündeten (Zweiter Bürgerkrieg seit 2014). Zwar wurde im Juni 2014 mit dem House of Representatives (HoR) ein neues Parlament gewählt, doch weigerte sich ein Teil des GNC, dieses anzuerkennen, und bildete eine Gegenregierung. In der Folge etablierten sich zwei konkurrierende Machtzentren, die sich jeweils auf unterschiedliche politische Lager und bewaffnete Gruppen stützten, ohne diese vollständig kontrollieren zu können.

Im Dezember 2015 unterzeichneten Vertreter beider Seiten unterzeichneten ein von der UN vermitteltes Abkommen, das die Bildung einer Einheitsregierung (Government of National Accord, GNA), eines Präsidialrats sowie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und Parlamentswahlen vorsah. 2016 übernahm die GNA die Macht in Tripolis, blieb jedoch aufgrund des Widerstands zentraler Akteure auf beiden Seiten in weiten Teilen des Landes machtlos. Der Zweite Bürgerkrieg setzte sich damit in Form fragmentierter Machtstrukturen und rivalisierender Milizen fort, wodurch Libyen dauerhaft in unterschiedliche Einflussgebiete gespalten blieb.

Zentrale Konfliktlinien verlaufen seitdem zwischen der international anerkannten Regierung im Westen und den Kräften unter Führung von Khalifa Haftar im Osten, die sich auf die

sogenannte Libysche Nationale Armee (LNA) stützen. Die militärische Offensive Haftars auf Tripolis (2019) markierte einen Höhepunkt der Auseinandersetzungen. Nach intensiven Kämpfen konnten Regierungskräfte Haftars Truppen 2020 zurückdrängen; ein im Oktober 2020 vereinbarter Waffenstillstand führte zu einer relativen Deeskalation, blieb jedoch fragil.

Auch nach der Bildung einer Übergangsregierung unter Abdul Hamid Dbeibeh im Jahr 2021 scheiterte der politische Einigungsprozess, insbesondere aufgrund der mehrfach verschobenen Wahlen. Daraufhin rief das Parlament im Osten mit Fatih al-Baschagha einen zweiten Regierungschef aus. In der Folge kam es im Mai 2022 in der Hauptstadt Tripolis zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Truppen beider Lager; Medienberichte deuteten dabei teilweise auf einen versuchten Machtwechsel durch Baschagha hin. Der Konflikt gilt seither als eingefroren, ist jedoch weiterhin durch institutionelle Fragmentierung, rivalisierende Machtzentren und die anhaltende Präsenz bewaffneter Gruppen geprägt. Externe Akteure tragen maßgeblich zur Stabilisierung dieser Konfliktstruktur bei: Insbesondere unterstützen die Türkei die Regierung in Tripolis sowie Russland, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten die Kräfte im Osten des Landes, unter anderem durch militärische Ausrüstung, finanzielle Ressourcen und den Einsatz ausländischer Kämpfer.

Das anhaltende Machtvakuum begünstigte zudem die zeitweilige Ausbreitung des Islamischen Staates (IS), der insbesondere zwischen 2015 und 2016 Teile des Landes kontrollierte. Trotz territorialer Verluste bleibt die Gruppe weiterhin für Anschläge und Instabilität verantwortlich.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Libyen umfasst eine Fläche von rund 1,76 Millionen Quadratkilometern und liegt am Südrand des Mittelmeeres in Nordafrika. Im Westen grenzt Libyen an Algerien und Tunesien, im Süden an Niger, Tschad und Sudan sowie im Osten an Ägypten. Aufgrund seiner geografischen Lage stellt das Land eine zentrale Transitroute für Migration aus Subsahara-Afrika in Richtung Europa dar.

Der Großteil des Staatsgebiets wird von der Sahara eingenommen, wodurch Libyen zu den am dünnsten besiedelten Ländern der Welt zählt. Die Bevölkerung konzentriert sich überwiegend auf die schmalen Küstenregionen im Norden, insbesondere in den urbanen Zentren wie Tripolis und Benghazi.

Libyen erlangte im Jahr 1951 die Unabhängigkeit von der italienischen Kolonialherrschaft.

Politische Situation in der Region

Libyen verfolgte insbesondere unter Muammar al-Gaddafi das Ziel, eine führende Rolle in regionalen Integrationsprozessen sowohl in der arabischen Welt als auch auf dem afrikanischen Kontinent einzunehmen. Ausdruck dieser Politik war unter anderem die Gründung der Arabische Maghreb-Union im Jahr 1989 gemeinsam mit Algerien, Tunesien, Marokko und Mauretanien, die eine stärkere wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit anstrebte; bereits der Gründungsvertrag sah ein regionales Verteidigungsabkommen vor. Die Umsetzung dieser Zielsetzungen blieb jedoch begrenzt.

Im Februar 1998 entstand auf Initiative von Gaddafi die Sahel-Sahara-Staatengemeinschaft (SinSad). Diese wurde zunächst vielfach als außenpolitisches Instrument Libyens

wahrgenommen, da das Regime durch politische und ökonomische Unterstützung anderer Mitgliedstaaten versuchte, internationale Isolation zu umgehen und Verbündete gegenüber den USA und der UN zu gewinnen. In der Folge entwickelte sich die Organisation jedoch zu einer eigenständigeren Plattform regionaler Zusammenarbeit, die sich mit sicherheits- und entwicklungspolitischen Herausforderungen im Sahel- und Sahararaum befasst. Auch die Gründung der Afrikanischen Union (AU) im Jahr 2002 geht maßgeblich auf Gaddafis Initiative zurück. Bereits Ende der 1990er Jahre setzte er sich für eine Reform der Organisation Afrikanischer Einheit ein und propagierte die Vision „Vereinigter Staaten von Afrika“ mit gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen. Obwohl viele afrikanische Staaten diesen weitreichenden Integrationsplänen skeptisch gegenüberstanden, konnte Gaddafi durch gezielte finanzielle Unterstützung politischen Einfluss ausüben und so zur Gründung der AU beitragen.

Die Beziehungen zwischen Libyen und **Algerien** gelten grundsätzlich als kooperativ und sind von ähnlichen außenpolitischen Interessen geprägt. Frühere Spannungen, insbesondere aus den 1980er Jahren, haben heute an Bedeutung verloren. Algerien verfolgt gegenüber Libyen eine Politik der Nicht-Intervention und setzt sich zugleich aktiv für eine politische Lösung des Konflikts ein. In diesem Zusammenhang engagiert sich Algerien gemeinsam mit regionalen Partnern wie **Tunesien** und **Ägypten** in diplomatischen Initiativen zur Stabilisierung Libyens.

Seit 2023 befindet sich **Sudan** in einem schweren innerstaatlichen Konflikt zwischen den Sudanese Armed Forces (SAF) und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF). Die anhaltenden Kämpfe haben das Land massiv destabilisiert und wirken sich unmittelbar auf die Sicherheitslage in Libyen aus. Besonders relevant sind Verflechtungen zwischen der Libyschen Nationalarmee (LAAF) und den RSF, die südlibysche Gebiete als logistische Rückzugs- und Versorgungsräume nutzen. Gleichzeitig erhöhen Fluchtbewegungen aus dem Sudan den Druck auf die ohnehin fragile Situation im Süden Libyens.

Niger ist seit dem Militärputsch vom 26. Juli 2023, bei dem Präsident Mohamed Bazoum entmachtet wurde, von politischer Instabilität und einer sich verschärfenden Sicherheitslage geprägt. Das Land ist zudem stark von Terrorismus und organisierter Kriminalität betroffen, wobei dschihadistische Gruppen in mehreren Regionen operieren. Diese Entwicklungen strahlen auf den Süden Libyens aus, insbesondere durch grenzüberschreitende Schmuggelnetzwerke und die Präsenz bewaffneter Gruppen in schwer kontrollierbaren Grenzräumen.

Auch **Tschad** weist anhaltende politische und sicherheitspolitische Instabilität auf. Im April 2021 wurde Präsident Idriss Déby im Zuge von Gefechten mit der Rebellengruppe FACT getötet, die ihre Offensive aus Südlibyen heraus gestartet hatte. In der Folge übernahm sein Sohn Mahamat Déby die Macht im Rahmen einer militärischen Übergangsregierung. Trotz formaler Übergangsprozesse bleibt die Lage angespannt. Die enge Verflechtung zwischen den Konflikten im Tschad und den unkontrollierten Räumen im Süden Libyens zeigt sich insbesondere darin, dass bewaffnete Gruppen grenzüberschreitend operieren und libysches Territorium als Rückzugs- und Operationsraum nutzen.

Grenzkonflikte

Der einzige bedeutende territoriale Grenzkonflikt Libyens betraf den Aouzou-Streifen im Norden des Tschad, der 1994 durch eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs beigelegt wurde. Seither bestehen keine offenen Landgrenzkonflikte mit den Nachbarstaaten.

Im maritimen Bereich bestehen zwischen Libyen und Ägypten Spannungen hinsichtlich der Abgrenzung von Seegebieten. Hintergrund sind konkurrierende Ansprüche auf exklusive Wirtschaftszonen, die insbesondere mit energiepolitischen Interessen im östlichen Mittelmeer verbunden sind. Ägypten legte 2022 seine Seegrenze zu Libyen einseitig fest, während Libyen 2025 eigene Ansprüche bei den Vereinten Nationen anmeldete, die von ägyptischer Seite zurückgewiesen wurden. Die Spannungen stehen zudem im Zusammenhang mit dem 2019 geschlossenen Seegrenzenabkommen zwischen Libyen und der Türkei, auf das Ägypten und Griechenland 2020 mit einem eigenen Abkommen zur Abgrenzung maritimer Einflusszonen reagierten.

Regionale Rüstungskontrolle

Es sind derzeit keine Informationen hinsichtlich Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle bekannt.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der Trans-Sahara Counterterrorism Partnership (TSCTP) sind US-amerikanische Kräfte im nordafrikanischen Raum sowie in der Sahel-Zone präsent. In Libyen ist im Kontext der United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) ein US-amerikanischer Soldat stationiert. Italien hat im Rahmen der Mission MIASIT (Missione bilaterale di assistenza e supporto in Libia) rund 90 Soldat:innen entsandt. Seit 2020 sind zudem etwa 500 Soldat:innen der Türkei in Libyen stationiert.

Darüber hinaus unterhält die EU seit 2013 mit der European Union Border Assistance Mission in Libya (EUBAM) eine zivile Mission zur Unterstützung der Sicherheitssektorreform und zum Kapazitätsaufbau des libyschen Grenzschutzes; ihr Hauptquartier befindet sich im benachbarten Tunesien. Mit der Operation IRINI (EUNAVFOR MED IRINI) ist zudem eine militärische EU-Mission im Einsatz, die das seit 2011 bestehende Waffenembargo gegen Libyen überwachen soll. An der Mission beteiligt sich auch die deutsche Bundeswehr. Das Mandat von IRINI läuft derzeit bis März 2027, das von EUBAM bis Juni 2027.

Auch in den Nachbarstaaten sind internationale Streitkräfte stationiert. Frankreich unterhält im Tschad ein Kontingent von rund 1.000 Soldat:innen. In Niger ist Italien im Rahmen der Mission MISIN mit etwa 250 Soldat:innen präsent.

In Ägypten sind im Rahmen der Multinational Force and Observers (MFO) internationale Truppen stationiert. Dazu zählen unter anderem die Vereinigten Staaten mit rund 465 Soldat:innen sowie weitere Kontingente aus Italien (75), Kanada (55), Tschechien (18), dem Vereinigten Königreich (2), Norwegen (3) und Frankreich (1).

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Libyen wurde seit den 1970er Jahren wiederholt beschuldigt, den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Unter der Herrschaft von Muammar al-Gaddafi kam es sowohl zu indirekter Unterstützung verschiedener Gruppierungen, darunter der nordirischen Untergrundbewegung Irish Republican Army (IRA), etwa durch Waffenlieferungen und finanzielle Zuwendungen, als auch zu einer direkten Beteiligung an Terroranschlägen. Dazu zählten der Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ (1986), das Attentat auf ein Pan-Am-Flugzeug über Lockerbie (1988), bei dem 270 Menschen ums Leben kamen, sowie der Anschlag auf ein französisches Flugzeug über der Ténéré-Wüste in Niger (1989), bei dem 171 Menschen starben. Beide Flugzeuganschläge galten als Vergeltung für die militärische Unterstützung des Niger im Tschad-Konflikt durch Frankreich beziehungsweise Israels durch die USA. In der Folge wurden umfassende Sanktionen durch die USA, die EU und die UN gegen Libyen verhängt.

Die Auswirkungen der internationalen Sanktionen sowie die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten zu einer grundlegenden Kehrtwende in der libyschen Haltung gegenüber Terrorismus. Die Aufhebung der US-amerikanischen Sanktionen war an klare Bedingungen geknüpft, darunter die Zahlung von Entschädigungen an die Lockerbie-Opferfamilien, die Übernahme der Verantwortung für die Anschläge sowie die ausdrückliche Abkehr vom Terrorismus als politischem Instrument. Zusätzlicher Druck entstand durch die Anschläge vom 11. September 2001 und die Forderung der US-Regierung unter Präsident George W. Bush, sich eindeutig zu positionieren, um nicht selbst Ziel militärischer Maßnahmen zu

werden. Libyen stellte sich daraufhin öffentlich auf die Seite der USA und verurteilte die Anschläge scharf. Berichten zufolge kam es bereits kurz nach dem 11. September 2001 zu Treffen zwischen libyschen Vertreter:innen sowie US-amerikanischen und britischen Geheimdiensten, bei denen Libyen seine Unterstützung im Kampf gegen den Terror bekräftigte und relevante Informationen übermittelte.

Ebenso wie andere Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika ist auch Libyen vom Einfluss dschihadistischer Gruppen, insbesondere des sogenannten Islamischen Staates (IS), betroffen. Dieser konnte in den Jahren nach 2011 erheblich von der politischen Fragmentierung und dem Zusammenbruch staatlicher Strukturen profitieren. Städte wie Derna, Benghazi und Sirte galten bereits zuvor als Zentren dschihadistischer Aktivitäten und boten ein entsprechendes Rekrutierungsumfeld. Im Zuge des Syrienkonflikts schlossen sich zudem zahlreiche libysche Kämpfer dem IS an und kehrten später nach Libyen zurück.

Dem IS gelang es zeitweise, die Stadt Sirte sowie umliegende Gebiete unter seine Kontrolle zu bringen, bevor er im Dezember 2016 militärisch zurückgedrängt wurde. Seither ist die Gruppe weiterhin in Form dezentraler Zellen aktiv und für vereinzelte Entführungen sowie Anschläge verantwortlich, verfügt jedoch über keine territoriale Kontrolle mehr. Insgesamt ist die Intensität terroristischer Aktivitäten in Libyen in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen: Während seit 2019 insgesamt 30 Todesopfer im Zusammenhang mit Terroranschlägen registriert wurden, waren es in der vorangegangenen Fünfjahresperiode noch 537. Im Jahr 2024 wurde erstmals seit 2010 kein Terroranschlag im Land verzeichnet. Dies spiegelt sich auch im Global Terrorism Index 2026 wider, in dem Libyen mit einem Wert von 1,007 auf Rang 59 von 100 Staaten geführt wird und sich damit gegenüber dem Vorjahr um vier Plätze verbessert hat. Im regionalen Vergleich zeigt sich zudem ein deutlich höheres Bedrohungsniveau in Nachbarstaaten wie Niger, der mit einem Wert von 7,816 auf Rang 3 liegt.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Libyen zählt im Jahr 2025 laut Organized Crime Index zu den am stärksten von organisierter Kriminalität betroffenen Staaten weltweit. Mit einem Kriminalitätswert von 7,5 belegt das Land Rang 15 von 193 Staaten (im Vergleich: Deutschland liegt mit einem Wert von 5,35 auf

Rang 82). Innerhalb Nordafrikas nimmt Libyen den ersten Platz ein, in Afrika insgesamt Rang fünf. Diese hohe Platzierung verdeutlicht die strukturelle Verankerung krimineller Märkte im Kontext politischer Instabilität und schwacher staatlicher Institutionen.

Die Bekämpfung internationaler Kriminalität wird in Libyen insbesondere durch die enge Verflechtung staatlicher Schwäche mit transnationalen kriminellen Netzwerken erschwert. Aufgrund seiner geografischen Lage fungiert das Land als zentrales Transitgebiet für Migrantinnen und Migranten auf dem Weg nach Europa und hat sich zu einem Kernraum für Menschenhandel und Menschenmuggel entwickelt. Migranten sind dabei systematischen Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsarbeit, sexueller Ausbeutung, Folter und Erpressung ausgesetzt, insbesondere Personen aus Subsahara-Afrika. Misshandlungen finden sowohl in staatlichen als auch in von Milizen kontrollierten Haftzentren statt, wobei Ausbeutung häufig sogar an grundlegende Versorgung geknüpft ist. Berichte der UN verdeutlichen zudem, dass Migranten und Geflüchtete wiederholt in Haftstrukturen überführt werden, in denen kein Zugang für humanitäre Organisationen oder rechtliche Vertretung besteht und weitere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Zusätzlich sind Entführungen, Schutzgelderpressung und Lösegelderpressung weit verbreitet; insbesondere Orte wie Bani Walid fungieren als zentrale Knotenpunkte, an denen Migranten gefoltert und zur Zahlung gezwungen werden.

Die Täterstrukturen umfassen bewaffnete Gruppen, kriminelle Netzwerke, Schmuggler und teilweise auch staatliche Akteure, die durch Korruption zur Aufrechterhaltung dieser Systeme beitragen. Analysen von The Sentry zeigen, dass sich seit 2011 die Macht bewaffneter Gruppen zunehmend in staatlichen Strukturen verfestigt hat, auch weil diese von Teilen der internationalen Gemeinschaft lange als sicherheitsstabilisierende Akteure toleriert wurden. Diese Entwicklung hat nicht nur den Einfluss von Milizen auf staatliche Institutionen gestärkt, sondern ihnen auch ermöglicht, öffentliche Ressourcen systematisch auszubeuten. Gleichzeitig sind hochrangige politische Entscheidungsträger selbst in umfangreiche kriminelle Netzwerke eingebunden, während sie sich gegenüber internationalen Partnern gezielt als unverzichtbare Kooperationsakteure in Bereichen wie Migrationskontrolle oder Terrorismusbekämpfung präsentieren.

Zwar zeigen einzelne Maßnahmen, etwa die Zerschlagung von Schmuggelnetzwerken oder Entführungsringen im Jahr 2024, punktuelle Fortschritte. Diese bleiben jedoch begrenzt, da sie nicht in nachhaltige staatliche Kontrollstrukturen eingebettet sind. Insbesondere Korruption, fragmentierte Machtverhältnisse und die faktische Kontrolle einzelner Regionen durch Milizen verhindern eine kohärente Kriminalitätsbekämpfung. Dadurch entstehen Parallelstrukturen, in denen kriminelle Aktivitäten nicht nur toleriert, sondern aktiv organisiert oder geschützt werden.

Korruption und Straflosigkeit stellen dabei ein zentrales strukturelles Hindernis dar und sind eng mit politischen Machtstrukturen verflochten. Veruntreuung, Vertragsbetrug und systemische Korruption sind in staatlichen Institutionen tief verankert. Besonders gravierend ist das Fehlen wirksamer Strafverfolgung: So wurde etwa Abd al-Rahman Milad, ein von der UN sanktionierter Menschenhändler, trotz schwerwiegender Vorwürfe mangels Beweisen freigelassen und anschließend zum Leiter der libyschen Marineakademie ernannt. Dieser Fall

verdeutlicht die direkte Verstrickung staatlicher Sicherheitsstrukturen in Menschenhandel sowie das Ausmaß an Straflosigkeit.

Auch im Bereich des Drogenhandels zeigt sich Libyens wachsende Bedeutung innerhalb internationaler Netzwerke. Während Heroin eine untergeordnete Rolle spielt, fungiert das Land zunehmend als Transitkorridor für Kokainlieferungen aus Südamerika nach Europa. Gleichzeitig haben sich stabile Handelsstrukturen für Cannabis sowie synthetische Drogen wie Captagon und Pregabalin etabliert. Die Beteiligung sowohl organisierter krimineller Gruppen als auch staatlich verknüpfter Akteure deutet auf eine tiefergehende institutionelle Durchdringung hin, die internationale Gegenmaßnahmen zusätzlich erschwert.

Tabelle 15
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeit von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Libyen beteiligt sich nur sehr eingeschränkt an internationalen Transparenzmechanismen im Rüstungsbereich. Im Rahmen des United Nations Register of Conventional Arms (UNROCA) übermittelte das Land lediglich in den Jahren 1992, 1994 und 1997 Berichte und nimmt seither faktisch nicht mehr am Meldeprozess teil. Auch im Bereich der Militärausgaben übermittelt Libyen keine Daten an die United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA). Zwar hat Libyen den Arms Trade Treaty (ATT) unterzeichnet, jedoch bislang nicht ratifiziert und ist daher nicht zur Berichterstattung verpflichtet. Im Rahmen des Programme of Action on Small Arms and Light Weapons (PoA) wurde letztmalig im Jahr 2010 berichtet.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen in Libyen ist weiterhin unzureichend, da verlässliche Angaben zu einschlägigen Gesetzen oder Endverbleibsdokumenten kaum verfügbar sind. Bereits im Zuge des Bürgerkriegs kam es zur umfangreichen Plünderung staatlicher Waffenarsenale, deren Bestände bis heute eine zentrale Grundlage für den regionalen Waffenschmuggel bilden. Libyen fungiert weiterhin sowohl als Herkunfts- als auch als Transitland für illegale Waffenströme und ist zudem ein bedeutender illegaler

Waffenlieferant für Nordafrika sowie Teile der nah- und mittelöstlichen Region; Waffen aus dem Bürgerkriegsland wurden in zahlreiche Staaten geschmuggelt und sind an Konflikten in mehreren Weltregionen beteiligt. Ein erheblicher Teil dieser Waffen, darunter auch schultergestützte Flugabwehrsysteme (MANPADS), befindet sich heute in den Händen bewaffneter Gruppen, insbesondere in der Sahelzone. Die Verbreitung solcher Waffensysteme stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar und bereitet der internationalen Gemeinschaft große Sorge.

Die anhaltende politische Instabilität, poröse Grenzen und die Kontrolle zentraler Schmuggelrouten durch Milizen begünstigen die unerlaubte Wiederausfuhr erheblich. Zwar gingen die Waffenflüsse nach 2011 zunächst zurück, doch seit 2019 ist Libyen erneut eine bedeutende Quelle, insbesondere für neu produzierte Kleinwaffen wie AK-Pattern-Gewehre, die in Konfliktregionen der Sahelzone, darunter Mali, Niger, Tschad und Sudan, gelangen. Bereits in der Vergangenheit hatten Waffen aus Libyen erhebliche Auswirkungen auf regionale Konflikt dynamiken: So gelangten libysche Waffen in die Hände von Rebell:innen in Mali, die dadurch im Mai 2012 die demokratische Regierung stürzen konnten. Laut einem Bericht der UN haben auch die illegalen Waffenlieferungen von Libyen an Ägypten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Von dort gelangten viele der Waffen über die ägyptisch-palästinensische Grenze in den Gazastreifen. Auch internationale Überwachungsmaßnahmen haben die Verbreitung bislang nicht wirksam eindämmen können; das bestehende Waffenembargo gilt weiterhin als nur begrenzt durchsetzbar. Zudem gelangen weiterhin Waffenlieferungen, unter anderem aus Russland, unter Umgehung internationaler Sanktionen ins Land.

Insgesamt hat sich der Waffenhandel zu einem bedeutenden Bestandteil der libyschen Schattenwirtschaft entwickelt. Die fortgesetzte Zirkulation von Waffen aus libyschen Beständen trägt maßgeblich zur Destabilisierung der Sahelregion bei und untergräbt langfristig die staatliche Handlungsfähigkeit Libyens selbst.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

Libya's oil-dependent economic structure has made the country highly vulnerable to external market fluctuations. The International Monetary Fund's recent report underscores the urgent need for economic diversification to achieve sustainable and equitable growth. This overreliance on a single commodity exposes Libya to global energy market volatility, which could lead to economic instability and hinder long-term development prospects. The lack of economic diversification also limits job opportunities outside the oil sector, contributing to high levels of unemployment and social discontent.

The foreign trade sector in Libya faces numerous challenges due to the absence of a stable government and recurring conflicts. The monopolization of import and export activities by groups with close ties to government authorities has fostered a system of cronyism and rent-seeking behavior, undermining fair competition and economic efficiency. This lack of transparency and equitable access to trade opportunities has perpetuated power imbalances within the country, exacerbating economic disparities and social tension. In line with its WTO accession process, Libya has implemented numerous trade liberalization reforms, such as reducing the number of state import monopolies, limiting the number of import bans,

abolishing licenses for most goods and reducing subsidies. The simple average most-favored nation tariff rate in Libya was 4.5% in 2023, which is relatively low and indicates that there is no protection for the domestic industrial sector.

Quelle: [BTI 2026 Libya Country Report: BTI 2026](#)

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	-	-	-	-	-
Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Gesundheitsausgaben/BIP	7,1	6,2	4,7	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in %)	-	-	-	-	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	199,18	226,58	219,61	183,38	-
Net ODA (% of GNI)*	0,26	0,42	0,53	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	33,98	46,68	47,62	38,66	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	-	-	136,2	104,1	104,0
Index-Platzierung	-	-	32	68	67

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Ägypten	Militarisierungswert	129,7	128,0	124,5	118,0	113,2
	Index-Platzierung	43	46	41	54	56
Algerien	Militarisierungswert	190,7	183,5	178,1	208,2	212,7
	Index-Platzierung	12	14	15	8	6
Niger	Militarisierungswert	78,9	74,2	101,5	114,0	118,8
	Index-Platzierung	104	108	68	57	53
Sudan	Militarisierungswert	102,0	102,2	98,8	87,2	87,2
	Index-Platzierung	71	69	74	89	93
Tschad	Militarisierungswert	123,3	124,7	122,5	119,5	133,2
	Index-Platzierung	49	47	46	50	38
Tunesien	Militarisierungswert	124,2	122,2	122,3	120,1	120,2
	Index-Platzierung	47	50	47	48	51

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in %

		2021	2022	2023	2024	2025
Ägypten	Militärausgaben (absolut)	3501	3381	2747	2398	2259
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,0	0,8	0,7	0,6
Algerien	Militärausgaben (absolut)	11395	11022	19281	21811	24128
	Militärausgaben/BIP	4,9	4,1	7,4	8,0	8,8
Niger	Militärausgaben (absolut)	218	282	362	436	450
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,6	2,0	2,2	2,1
Sudan	Militärausgaben (absolut)	2769	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	0,9	-	-	-	-
Tschad	Militärausgaben (absolut)	387	412	406	558	598
	Militärausgaben/BIP	2,1	2,0	2,1	3,0	3,2
Tunesien	Militärausgaben (absolut)	1405	1342	1294	1315	1351
	Militärausgaben/BIP	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,737	0,688	0,729	0,741	0,721
HDI-Wert (Männer)	0,741	0,694	0,716	0,747	0,733
HDI-Wert (Frauen)	0,726	0,672	0,735	0,727	0,700
GDI-Wert	0,980	0,968	0,975	0,974	0,955

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Entwicklungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

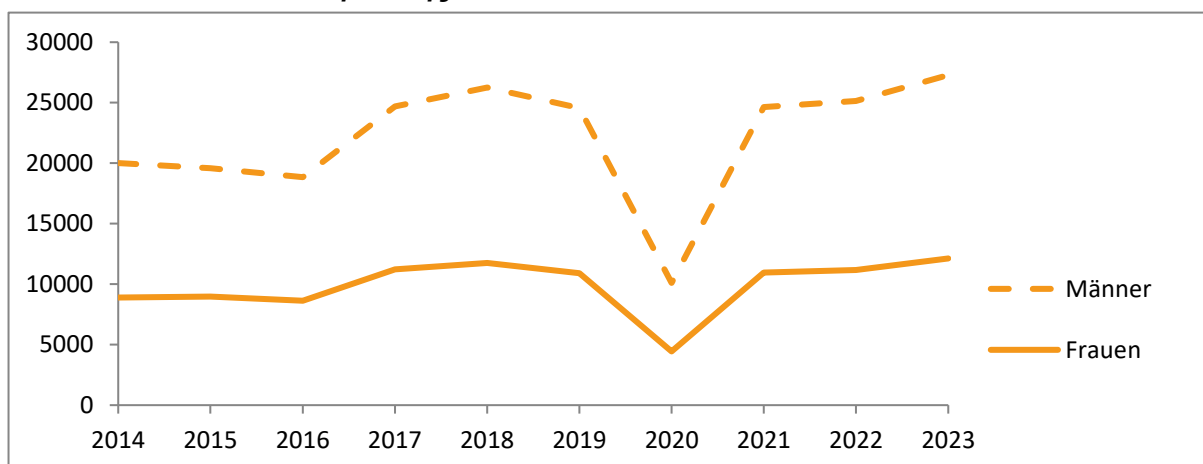
Frauen in der Wirtschaft und Politik

Der Gender Development Index (GDI) setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern ins Verhältnis zueinander, wobei ein Wert von 1 vollständige Gleichstellung anzeigt. Mit einem GDI von 0,955 (2023) liegt Libyen nahe am globalen Durchschnitt und weist damit auf vergleichsweise geringe geschlechtsspezifische Unterschiede in grundlegenden Entwicklungsindikatoren hin. Dennoch bestehen weiterhin deutliche Disparitäten in einzelnen Bereichen. Im Bereich Gesundheit und Bildung zeigen die Werte auf relative Gleichheit oder sogar leichte Vorteile für Frauen. Frauen haben etwa eine höhere Lebenserwartung (70,4 Jahre gegenüber 68,3 Jahren bei Männern) und erreichen sowohl bei den erwarteten Schuljahren (13 gegenüber 12,8 Jahren) als auch bei den durchschnittlichen Schuljahren (8,4 gegenüber 7,2 Jahren) höhere Werte. Demgegenüber bestehen im Einkommen aber erhebliche Nachteile. Das kaufkraftbereinigte Bruttonationaleinkommen pro Kopf liegt für Frauen mit 12.125 US-Dollar deutlich unter dem der Männer (27.282 US-Dollar), was weniger als der Hälfte entspricht (siehe dazu [Schaubild 4](#)). Diese Diskrepanz spiegelt sich auch in der Erwerbsbeteiligung wider: Laut Daten der World Bank lag die Erwerbsquote von Frauen 2025 bei lediglich 33 %, was auf strukturelle Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt hinweist.

Auch in der politischen Repräsentation sind Frauen deutlich hinten. Mit einem Frauenanteil von 16,5 % im Parlament (28 von 170 Sitzen) schneidet Libyen global betrachtet schlecht ab. Ähnlich zeigt sich die Situation in der Exekutive: Mit 11,5 % weiblicher Kabinettsmitglieder (3 von 26) belegt Libyen im internationalen Vergleich einen hinteren Rang.

Schaubild 4

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index; [Specific country data | Human Development Reports](#)

Das Weltbankprogramm World Bank Women, Business and the Law (WBL) 2.0 bewertet neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen auch deren praktische Umsetzung sowie unterstützende staatliche Strukturen zur Gleichstellung von Frauen. Libyen erreicht im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen 35,8 von 100 Punkten und liegt damit weit unter dem globalen Durchschnitt von 67. Unterstützende staatliche Rahmenbedingungen erreichen mit 25,5 ebenfalls nur ein niedriges Niveau (weltweiter Durchschnitt: 47); so auch mit 33,8

Punkten der Indexwert zur Umsetzung und Wahrnehmung bestehender Maßnahmen. Insgesamt zeigt sich, dass sowohl rechtliche Rahmenbedingungen als auch staatliche Unterstützungsstrukturen sowie deren praktische Umsetzung erhebliche Defizite aufweisen.

Zusammenfassung zu Kriterium 8:

Libyen zählt mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 6.890 US-Dollar weiterhin zu den „upper middle income economies“, bleibt wirtschaftlich jedoch stark vom Ölsektor abhängig. Die geringe Diversifizierung der Wirtschaft sowie die anhaltende politische Instabilität führen weiterhin zu erheblichen wirtschaftlichen Schwankungen und strukturellen Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit.

Mit einem HDI-Wert von 0,721 gehört Libyen auch weiterhin zu den Ländern mit „hoher menschlicher Entwicklung“. Gleichzeitig haben Bürgerkrieg und politische Instabilität insbesondere das Gesundheits- und Bildungssystem erheblich geschwächt. Die Fortschritte bei der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) stagnieren überwiegend, sodass die Zielerreichung bis 2030 unwahrscheinlich ist.

Daten zu staatlichen Bildungsausgaben existieren für die letzten fünf Jahre ebenso wenig wie offizielle Armutsstatistiken oder Daten zu Einkommensungleichheit. Die Gesundheitsausgaben lagen mit 4,7 % am BIP allerdings unter den Militärausgaben von 5,3 %.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 6.890 US-Dollar zählt Libyen nach Weltbank-Kategorisierung zu den sogenannten upper middle income economies und liegt innerhalb dieser Gruppe im Mittelfeld. Gegenüber dem Internationalen Währungsfonds bestehen derzeit keine ausstehenden Verbindlichkeiten, während aktuelle Informationen zur Auslandsverschuldung nur eingeschränkt verfügbar sind.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist durch starke Schwankungen gekennzeichnet. Nach einem deutlichen Einbruch im Jahr 2016 (-12,6 %) folgten Wachstumsphasen in den Jahren 2017 (5,7 %), 2018 (12,7 %) und 2019 (3,1 %), bevor die Wirtschaft im Jahr 2020 erneut stark schrumpfte (-27,2 %). Dies hing unter anderem damit zusammen, dass ein Großteil der Ölfördergebiete im Einflussbereich von Kräften um Khalifa Haftar lag, die ab Januar 2020 die Erdölproduktion weitgehend lahmlegten und dadurch die staatlichen Einnahmen erheblich beeinträchtigten.

Die libysche Wirtschaft ist strukturell stark vom Ölsektor abhängig, der den Großteil der Exporterlöse und einen erheblichen Anteil am Bruttoinlandsprodukt ausmacht, jedoch nur einen geringen Teil der Bevölkerung beschäftigt. Dies zeigt sich auch in der Exportstruktur: Im Jahr 2019 entfielen rund 27,65 von insgesamt 29,29 Milliarden US-Dollar der Exporte auf Mineralölprodukte, was einem Anteil von über 94 % entspricht. Andere Wirtschaftssektoren sind nur schwach entwickelt: So lag der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei im Jahr 2024 bei lediglich rund 2,4 % des BIP. Diese geringe Diversifizierung macht das Land besonders anfällig für externe Preisschwankungen und interne politische Konflikte. Trotz politischer Zielsetzungen zur Förderung von Landwirtschaft und Industrie bleiben entsprechende Reformen bislang begrenzt erfolgreich.

Jüngere Entwicklungen deuten auf eine gewisse makroökonomische Stabilisierung hin: So lag die Inflationsrate 2023 bei rund 2,4 %, und das Haushaltsdefizit fiel mit etwa 0,1 % des BIP

vergleichsweise gering aus. Gleichzeitig bleibt die Arbeitslosenquote mit etwa 18,7 % hoch, was auf anhaltende strukturelle Probleme hinweist. Auch wenn ausländische Direktinvestitionen zuletzt gestiegen sind, konzentrieren sich diese überwiegend auf den Dienstleistungs- und Energiesektor.

Insgesamt bleibt die wirtschaftliche Entwicklung Libyens eng an die politische Lage und die Entwicklung des Ölsektors gebunden. Die begrenzte Diversifizierung sowie strukturelle Defizite in zentralen Wirtschaftsbereichen erschweren eine nachhaltige und stabile wirtschaftliche Entwicklung.

Soziale Entwicklung

Mit einem Indexwert von rund 0,721 auf dem HDI gehört Libyen zur Ländergruppe mit „hoher menschlicher Entwicklung“. Der Wert entspricht in etwa dem Niveau, das das Land bereits Ende der 1990er Jahre erreichte, was die stagnierende beziehungsweise rückläufige soziale Entwicklung seit 2011 verdeutlicht. Damit liegt Libyen in derselben Kategorie wie seine Nachbarländer Algerien (0,763), Ägypten (0,754) und Tunesien (0,746) und deutlich vor weiteren Nachbarstaaten wie Sudan (5,11), Niger (0,419) und Tschad (0,416), die zur Gruppe der Länder mit „niedriger menschlicher Entwicklung“ gehören.

Libyens Fortschritte in Bezug auf die Sustainable Development Goals (SDGs) sind aufgrund fehlender und unzureichender Daten weiterhin nur eingeschränkt bewertbar. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass die Zielerreichung in vielen Bereichen stagniert oder sich verschlechtert hat, sodass es als unwahrscheinlich gilt, dass Libyen die gesetzten Ziele vollständig erreichen wird. Insbesondere in den Bereichen SDG 2 (Zero Hunger), SDG 7 (Affordable and Clean Energy) und SDG 11 (Sustainable Cities and Communities) sind zuletzt negative Entwicklungen zu verzeichnen. So lag die Verbreitung von Unterernährung im Jahr 2022 bei 11,4 % und verbesserte sich damit leicht gegenüber dem Vorjahr (11,9 %). Dennoch weist der Indikator insgesamt eine negative Entwicklung („score decreasing“) auf, was darauf hindeutet, dass die bisherigen Fortschritte nicht ausreichen, um sich dem langfristigen Zielwert von 2,5 % anzunähern. Demgegenüber lassen sich in einzelnen Bereichen moderate Verbesserungen beobachten, insbesondere bei SDG 6 (Clean Water and Sanitation), SDG 9 (Industry, Innovation and Infrastructure) sowie SDG 12 (Responsible Consumption and Production) und SDG 15 (Life on Land). Im Bereich der Gesundheitsversorgung (SDG 3) sind weiterhin vergleichsweise positive Entwicklungen erkennbar. So lag die Müttersterblichkeitsrate zuletzt bei 59,5 Todesfällen je 100.000 Lebendgeburten, während die Neonatalsterblichkeit bei 5,72 je 1.000 Lebendgeburten lag.

Der Gesundheitssektor wurde durch den langjährigen Bürgerkrieg besonders stark geschwächt. Medizinische Einrichtungen waren wiederholt Ziel bewaffneter Angriffe, was zeitweise zur Schließung von Krankenhäusern führte. Hinzu kam die Abwanderung ausländischer Fachkräfte, wodurch sich die personellen Engpässe weiter verschärften. Die Covid-19-Pandemie machte den schlechten Zustand des Sektors zusätzlich sichtbar und legte die strukturellen Defizite der Gesundheitsversorgung offen. Auch das Bildungssystem wurde massiv durch den Konflikt beeinträchtigt. Zwar ist die Primärbildung für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren in Libyen formal kostenlos und verpflichtend, faktisch war ein regulärer Betrieb zwischen 2011 und 2020 jedoch nur eingeschränkt möglich. Darüber hinaus wurden in vielen Fällen Unterlagen zu Prüfungen und Abschlüssen zerstört, sodass ein Teil der jungen

Generation heute ohne formale Bildungsnachweise aufwächst. Laut Angaben der World Bank lag die allgemeine Arbeitslosenquote 2025 bei 18,8 %, während die Jugendarbeitslosigkeit 50,1 % betrug und damit die langfristigen sozialen Folgen kriegsbedingter Bildungsunterbrechungen widerspiegelt. Daten zu staatlichen Bildungsausgaben existieren für die letzten fünf Jahre ebenso wenig wie offizielle Armutsstatistiken oder Einkommensungleichheit. Die Gesundheitsausgaben lagen mit 4,7 % am BIP allerdings unter den Militärausgaben von 5,3 %.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

